

# Die demokratische



tschechisch-österreichischen Arbeiterpartei  
der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . K 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährlich . . . 96.—  
jährlich . . . 192.—

Zur Deutschösterreich  
monatlich SK 600.—, für  
Deutschland M. 40.—.

Erhält mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

2. Jahrgang.

Mittwoch, 12. Juli 1922.

Nr. 161.

## Eine Ministerrede.

Der Handelsminister Novak hat am Sonntag in Preßburg eine Rede gehalten, die nicht anders als eine ausgewaschene Rede gegen Deutschland bezeichnet werden kann. Die Beziehungen der Tschechoslowakischen Republik zu Deutschland werden in den Exposés unseres Außenministers stets als „korrekt“ bezeichnet. Das ist allerdings schon die höchste Kräfteleistung, zu der sich der Außenminister bei der Bezeichnung der Art der Beziehungen der Tschechoslowakei zu Deutschland aufzuschwingen vermag, denn als vor einigen Monaten der Präsident Masaryk von einem „wohlwollenden“ Verhältnis zu Deutschland sprach, mußte über Auftrag des Außenministeriums noch im letzten Augenblick in dem den Zeitungen bereits zugestellten amtlichen Bericht über diese Rede des Präsidenten der Ausdruck „wohlwollend“ in „korrekt“ umgeändert werden. Deutschland muß sich also damit abfinden, daß sein Nachbar zu ihm nicht „wohlwollend“, sondern bloß „korrekt“ Beziehungen unterhält, denn anders würde dies Frankreich, der freundliche Protektor der Tschechoslowakei, übel aufnehmen, und diesen Protektor zu verstimmen, darf Herr Dr. Beneš nicht wagen. Aber was der Herr Handelsminister — der mit dem Außenminister in erster Linie berufen wäre, ein gutes Verhältnis zu den Nachbarstaaten zu erhalten — am Sonntag in Preßburg sagte, war alles eher als „korrekt“, so daß man schon neugierig sein kann, zu erfahren, was der Herr Außenminister zu diesen gegen die deutsche Regierung feindseligen Äußerungen seines Kollegen aus dem Handelsressort zu sagen hat, denn dieser hat ihm mit seiner Rede in höchst bedenklicher Weise in die Suppe gespußt.

Diese Rede hat Herr Novak am Sonntag auf einem von den Vertretern aller wirtschaftlichen Körperschaften der Slowakei einberufenen Handelskongreß gehalten. Der Herr Minister erklärte, an einige Äußerungen von Kongreßteilnehmern anknüpfend, er sei „überrascht“, von Kaufleuten, Industriellen und Gewerbetreibenden zu hören, daß sie sich nicht mit Politik befassen. Nun, diese Äußerungen werden nicht sehr ernst gemeint gewesen sein und der Minister hätte sich das Ueberraschtsein schon ersparen können. Doch Herr Novak benötigte es wohl als Introduction zu dem Lehrkurs, den er gleich darauf den verammelten Industriellen und Kaufleuten über die Art, wie sie Politik zu treiben haben, erteilte. Er sprach von dem hartnäckigen mitteleuropäischen Wirtschaftskampf und sagte hierbei, daß das, was Deutschland treibe, nichts anderes als ein neuer Unterseebootkrieg sei. Herr Novak versteht unter diesem neuen „Unterseebootkrieg“ Deutschlands zweifellos das rapide Sinken des Kurses der Mark, das er durch seine Äußerung als der bewußten Absicht der deutschen Regierung entspringend hinstellt. Danach sind nicht die wahnwichtigen Reparationsforderungen und die Vorgänge im Innern Deutschlands an dem katastrophalen Niedergang der deutschen Valuta schuld — nein, der Herr Novak weiß es besser: es ist nach seiner Behauptung nur der böse Absicht Deutschlands, eben jenem „Unterseebootkrieg“ gegen die übrige Welt zuzuschreiben, daß der Wert der deutschen Valuta immer rapider verfällt. Nun mag es ja richtig sein, daß vereinzelte Industriellenkreise in Deutschland das Sinken der Mark nicht ungern sehen, es zumindest für ein Glück im Unglück ansehen, da der Valutarückgang ihre Exportfähigkeit hebt, doch kein erster Wirtschaftspolitiker in Deutschland, am allerwenigsten die Regierung, kann sich der Erkenntnis verschließen, daß diese Art der Hebung der Exportfähigkeit, Deutschland und seiner Wirtschaft schließlich nur zum Ruin gereichen und zur Katastrophe der Reichsfinanzen führen muß. Deutschland schlechthin, das heißt seine Regierung, zu beschuldigen, daß es den Wert seiner Zahlungsmittel absichtlich dem Verderben entgegenziehe, das ist, gelinde gesagt, eine Frivolität, die nebenbei auch herzlich einseitig genannt werden muß. Bisher hat man ähnliche Behauptungen nur von einigen besinnungslosen

## Die flüchtigen Rathenaumörder gefichtet.

Kesseltreiben der Polizei bei Gardelegen gegen Major Fischer und Oberleutnant Kern.

Berlin, 11. Juli. Jetzt endlich ist die politische Polizei beiden noch flüchtigen Rathenaumördern, dem Major Hermann Fischer und dem Oberleutnant zur See a. D. Erwin Kern auf der Spur. Ein großes Fahndungskomitee hat sich unter Leitung mehrerer Kriminalkommissionen nach Gardelegen begeben und ist dort bereits eingetroffen. In einem dort mit dem Landgericht errichteten Fahndungszentrale ist seit gestern nacht die Verfolgung der beiden Mörder auf Motorrädern, Automobilen und mit Polizeihunden ausgenommen worden. Der Polizei ist es gelungen, den Weg, den die Mörder auf ihrer Flucht nach der Tat eingeschlagen haben, genau festzustellen. Fischer und Kern sind zunächst nach Rostock geflüchtet. Als sie dort aber nicht die Unterstützung fanden, auf die sie gerechnet hatten, fuhren sie mit der Eisenbahn nach Wiesmar und von dort nach Lenzen a. Elbe.

Es wurde jetzt die telegraphische Mitteilung an die Berliner politische Polizei gemacht, die ihrerseits ein größeres Fahndungskomitee nach Gardelegen entsendet. Von dort aus wurde dann die Verfolgung der beiden Täter ausgenommen, und zwar in der Weise, daß diesen nach jeder Richtung hin

der Weg zur Flucht abgeschnitten wurde. Die Mörder haben nach ihrer Flucht aus Lenzen zunächst den Weg über Lüchow,

Zielendorf nach Krendsen genommen. Bei Zielendorf verloren sie ihre Generalstabskarte, die von den Polizeibeamten gefunden wurde. Es sind nun alle Landgerichtsämter und Polizeibehörden in Magdeburg, Braunschweig, Celle, Halberstadt und Nordhausen benachrichtigt worden. Auch in den kleinsten Dörfern sind die Ortsschulzen genau instruiert worden, um einen Unterschlupf der Mörder auf einem Gute unmöglich zu machen. Diese haben ihr Geld dazu verwendet, sich neue Anzüge anzuschaffen. Die alten führen sie in Rudjäden bei sich. Sie müssen jetzt gänzlich mittellos sein, denn die Polizei hat festgestellt, daß sie schon bei Bauern und in Forsthäusern um Brot gebettelt haben. Der Verlust der Generalstabskarte zwingt sie, bei der Landbevölkerung nach den Wegen zu fragen. Die Regierung hat inzwischen

eine neue Belohnung von einer zweiten Million Mark

auf die Ergreifung der Mörder ausgesetzt. Die Berliner politische Polizei hat auch Kunde davon erhalten, daß die Mörder in der Nähe von Gardelegen gesehen worden sind. Das für den Aufenthalt der Mörder in Betracht kommende Gebiet wird zur Zeit durch Streifkommissionen mit Spürhunden abgesucht. Wie weiter mitgeteilt wird, sind die bisherigen Bemühungen der Polizei ansichtsreich.

## Die Mitglieder der Organisation C jetzt man auf freiem Fuß!

Berlin, 11. Juli. (Wolff.) Zur Untersuchung des Mordes an Rathenau wird mitgeteilt, daß von Killinger, von Hauptwitt, Ehrentraut und Heinz vom Untersuchungsrichter wieder auf freiem Fuß gesetzt wurden. Sie sind oder waren Mitglieder des deutschvölkischen Schutz- und Truppbundes und der Organisation C, wollen aber von dem Anschlag auf Rathenau

nichts gewußt haben. Eine Beteiligung an dem Anschlag ist ihnen nach der Ansicht des Untersuchungsrichters nicht nachzuweisen. Die übrigen bisher dem Untersuchungsrichter vorgeführten Personen haben mehr oder weniger vorher von dem Attentat gewußt oder sind durch irgend welche Hilfestellungen vor oder während der Tat daran beteiligt.

Rationalisten in der französischen Kammer zu hören bekommen, denen der Deutschenhaß restlos das bisherige Verstand umnebelt hat. Sie und da konnte man der Behauptung von der absichtlichen Ruinierung des Markkurses durch Deutschlands Regierung höchstens noch in einigen der ärgsten tschechischen Heftblätter begegnen, daß aber ein Minister auf dieses Niveau herabsteigt, das ist wohl nur hierzulande möglich und muß als tschechoslowakische Spezialität erklärt werden. Schließlich müßte jeder Minister doch darauf gefaßt sein, daß man ihn nach den Weisen für eine solche, Deutschland schwer beschuldigende Behauptung fragt, so daß man als sicher annehmen kann, daß kein Minister mit Verantwortungsgesühl, außer eben Herr Novak, die Neigung zeigen würde, vor aller Welt einer unwahren Behauptung überwiesen zu werden.

Der Herr Handelsminister zeigte sich noch an einer anderen Stelle seiner Rede „überrascht“, nämlich, als er auf dem Preßburger Handelskongreß hörte, daß die Stabilisierung der tschechischen Krone „in unserem Innenleben nirgends zum Ausdruck komme“. Das Recht „überrascht“ zu sein, ist da ganz auf Seite der Bevölkerung über ihren famosen Handelsminister, der zu seiner Ueberraschung erst auf dem Handelskongreß zu Preßburg erfährt, daß der Kursanstieg der tschechischen Krone — Herr Novak nennt das „Stabilisierung“ — keinen Rückgang der Inlandspreise bewirkt habe. Der Minister sang dann ein Loblied auf unsere Wirtschaft: „Wir sind der einzige Staat in Mitteleuropa, der bereits heute zu festen Preisen verkaufen kann“. Wenn er die Veto-

nung auf die „festen Preise“ legt, so hat er wohl recht, aber wenn er vom „verkaufen können“ spricht, so muß ihm widersprochen werden, denn verkaufen kann unsere Industrie eben mit Rücksicht auf den von Herrn Novak gepriesenen Stand der Krone so gut wie gar nichts mehr. Gleich darauf wieder sagte er: „Wir leben in schweren Zeiten, welche gerade für die kleinen Leute am schlimmsten sind und es steht fest, daß viele fallen werden; aber es gibt keinen Krieg ohne Lote“. Gemüt wird man dem Herrn Novak nicht absprechen können. Tröster Euch, Ihr „kleinen Leute“, Ihr werdet dies in dem stolzen Bewußtsein tun, daß es eben „keinen Krieg ohne Lote“ gibt. Gebt dabei nur ja nicht Eurer Regierung die Schuld, denn die kann nicht mehr tun, als Euch zuzureden, Euch gutwillig ins Sterben zu schießen. Herr Novak tat aber noch ein übriges. Darüber erzählt der Bericht: „Zum Schluß seiner Rede rief der Minister, sich mit einem Feldherrn vorder Schlacht vergleichen: „Harren Sie aus und Sie werden siegen!“ Also sterben und siegen! Auf eine längere Formel gebracht, heißt das: Nur Mut, es wird schon schief gehen!

Das Beachtenswerteste aber an den Produktionen des Herrn Novak ist und bleibt seine Anstänkerung Deutschlands — für einen Handelsminister wohl die erstaunlichste Leistung. Sie löst die Fragen aus: Wird danach Herr Dr. Beneš die Beziehungen unserer Regierung zu Deutschland noch immer als „korrekt“ bezeichnen? Wenn ja, wird er sich dann wenigstens entschließen, über diese Unwahrheit zu erröten?

## Reichstagsauflösung.

(Von unserem Berliner Korrespondenten.)

Die beiden bürgerlichen Parteien der Koalition, das Zentrum und die Demokraten, haben die Aufforderung der Sozialdemokraten an die Unabhängigen, in das Kabinett Wirth einzutreten, damit beantwortet, daß sie bei der Deutschen Volkspartei anfragten, ob sie bereit sei, sich an der Regierung zu beteiligen. Es wird dabei die Uebereinstimmung darüber vorausgesetzt, daß ein Wiederaufbau des Staates und die Fortführung der Sozialpolitik nur auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform möglich sei. Dem Staate seien alle Nachmittel zur Verteidigung der Republik zu gewähren und die Bemühungen der Regierung, die außenpolitischen Verhältnisse auf der Basis internationaler Verhandlungen zu verbessern, seien zu unterstützen. Die Deutsche Volkspartei hat darauf geantwortet, daß sie zum Schutze der verfassungsmäßigen Staatsform bereit sei, und daß auch in den anderen grundsätzlichen Fragen eine Uebereinstimmung vorliege. Sie sei daher bereit, sich an der Regierung zu beteiligen. Man urteilt sehr gelinde, wenn man dieses Frage- und Antwortspiel als eine Komödie bezeichnet. Denn erstens ist die Deutsche Volkspartei dafür bekannt, daß sie die Wiederherstellung der Monarchie anstrebt und daß sie die Teilnahme an der Regierung der Republik nur dazu benützen würde, um sie zu untergraben. Zweitens aber ist nicht daran zu denken, daß die unabhängigen Sozialdemokraten sich an einer Regierung zugleich mit der Deutschen Volkspartei beteiligen würden und auch die Sozialdemokraten haben mit aller Bestimmtheit erklärt, daß für sie nur die Erweiterung der Koalition nach links in Frage komme. Wenn also die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien ihr komödiantisches Zwischenspiel nicht bald beenden, so tragen sie die Mitschuld daran, daß das Reich in die schwerste wirtschaftliche und politische Krise gerät, die es je auszuhalten hatte.

Als die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie den Beschluß faßte, unter bestimmten Voraussetzungen einer Berufung in die Regierung Folge zu leisten, so lag ihr der Gedanke durchaus fern, das Kabinett Wirth oder die bürgerliche Staatsform zu retten. Sie ließ sich dabei lediglich von der Erkenntnis leiten, daß unter den heutigen Verhältnissen die Wiederherstellung der Monarchie die größte Gefahr für die Arbeiterklasse bringen würde, und daß sie an ihrem Teile alles dazu beitragen müsse, um die Front derer zu verstärken, die die Republik zu erhalten wünschen. Selbst wenn der bürgerliche Demokrat und der Sozialist zur Durchführung dieses Zweckes eine Zeitlang zusammengehen, so bleiben ihre Auffassungen doch durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt. Denn für den bürgerlichen Demokraten ist die republikanische Staatsverfassung das Endziel, hinter dem es nichts anderes mehr zu fordern gibt, als die Garantie für das ungestörte Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft. Dem Sozialisten aber soll die republikanische Verfassung erst die Grundlage schaffen, von der sich der Kampf um die Beseitigung des Kapitalismus, um die Verwirklichung des Sozialismus, frei von allen Fesseln des Obrigkeitstaats, entfalten kann. Die Unabhängige Sozialdemokratie darf sich bei ihrem Beschluß auf das kommunistische Manifest berufen, das anerkennt hat, daß die Arbeiterklasse auch mit der Bourgeoisie zusammen kämpfen müsse, sobald diese gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei aufträte. Sie unterläßt aber auch nicht, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindseligen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten. Den demokratischen Parteien des Bürgertums ist es wohl bewußt, daß der Zutritt der Unabhängigen zur Koalition eine unherberordentliche Stärkung des Einflusses der Arbeiterklasse mit sich bringen und daß sich das Schwergewicht der Regierungspolitik künftig nach links verlegen müßte.

So schwanken die bürgerlichen Parteien des Kabinetts Wirth zwischen Hoffen und Zagen hin und her. Sie haben damit vorläufig nur das erreicht, daß die politische Krise sich verschärft und die wirtschaftliche Lage des Reichs sich katastrophal zuspitzt. Die Gärung in den Arbeitermassen steigert sich zusehends, sie wollen die gewaltigen Rundgebungen der beiden jüngstvergangenen Wochen nicht zu dem Zweck veranlassen haben, damit die Reaktion eine neue Stärkung erfahre. Dazu kommt der neue Sturm der Mark, der nicht nur den deutschen Zahlungsplan an die Entente über den Haufen wirft, sondern auch die Möglichkeit einer Sanierung der Staatsfinanzen wieder in weite Ferne rückt. Wollen also Demokraten und Zentrum ihre Komödie mit der Volkspartei zu einem ernsthaften Spiel machen, so zertrümmern

Die ihre eigene Regierung, der dann nichts anderes übrig bleibt, als die Auflösung des Reichstages zu veranlassen und Neuwahlen auszusprechen. Abgesehen davon, daß ein Wahlsieg bei der gegenwärtigen ungeheuren Spannung zwischen rechts und links um offenen Bürgerkrieg ausarten würde, so ist im Zusammenhang damit die völlige Zerrüttung der deutschen Währung zu erwarten, was wiederum die Bilanzierung des Staatshaushaltsertrags und die Leistung der Reparationsverpflichtungen zu einer Unmöglichkeit machen würde. Es scheint, als ob die reaktionären Kreise auf diese Entwicklung hinarbeiten, und auch die Großkapitalisten, die in der Deutschen Volkspartei ihre Vertretung haben, machen aus ihrer Furcht vor sozialer Katastrophopolitik kein Hehl. Es ist aber kein Zweifel, daß die anderen Teile der deutschen Bevölkerung sich davon keinen Gewinn versprechen können.

Daß die Arbeiterklasse ein Interesse daran, die Dinge zur Katastrophe treiben zu lassen? Die Kommunisten bejahen diese Frage. Sie haben ihre Parolen bereits fertig: Generalstreik, Vornahme der Wirtschaft, Auslösung der Sowjetrepublik. Nun bestehen zwischen Deutschland und Rußland gewaltige geographische, wirtschaftliche, kulturelle und politische Unterschiede. Und wenn sich auch im ehemaligen zaristischen Reich die Sowjetherrschaft der Volkswirtschaften jenseitig schon fast fünf Jahre halten konnte, so würde sie in Deutschland nach ebensoviel Tagen zu Ende sein. In Rußland sind an dem kommunistischen Experiment rund zehn Millionen Menschen zugrunde gegangen, in dem industriereichen Deutschland würde die ganze Arbeiterklasse dem Hungertode ausgeliefert werden. Die Auslösung der Sowjetrepublik, denn keine andere Staatsverfassung wird von den Kommunisten als „Arbeiter-Regierung“ anerkannt, würde die sofortige Zerstörung des Reiches, die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Weltverkehr, die Hungersnot der industriellen Bevölkerung durch Agrier und ausländisches Kapital zur Folge haben.

Unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen ist das deutsche Proletariat gezwungen, auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung seinen Emanzipationskampf fortzusetzen. Diese Notwendigkeit haben selbst kommunistische Führer eingesehen, allerdings nur dann, wenn sie sich außerhalb des Bereichs der agitatorischen Phrasen befanden. Die Taktik der Arbeiterklasse wird eben nicht von Glaubenssätzen bestimmt, sondern von den Bedingungen des wirtschaftlichen und politischen Seins. Wenn es freilich die bürgerlichen Parteien zur Katastrophe kommen lassen wollen, so hat die Arbeiterklasse keinen Anlaß, vor der Austragung der sich daran knüpfenden Kämpfe zurückzuführen. Will sie jedoch als Siegerin daraus hervorgehen, so muß sie in einheitlicher Front und in disziplinierter Ordnung zusammenstehen und darf nicht gestatten, daß unverantwortliche Elemente unter demagogischer Verzerrung der tatsächlichen Verhältnisse ihre Reihen zu erschüttern suchen. Nationalistische Katastrophopolitik und kommunistisch-sozialistische Putsch-Taktik sind aus einem Gange geschnitten, sie müssen einmütig vom deutschen Proletariat abgelehnt werden.

Zentrum und Demokraten treiben ein getragenes Spiel und es ist höchste Zeit, daß sie damit zu Ende kommen. Noch einmal haben sie Gelegenheit, ihr nun oft gehörtes Bekenntnis zur Demokratie und Republik durch die Tat zu erweisen. Versagen sie auch dieses Mal, so wird die Arbeiterklasse nicht nur mit denen abrechnen, die sich offen zum Nationalismus und zur Monarchie bekennen, sondern ebenso mit jenen schwankenden Gestalten, die von jeher das deutsche Bürgertum zu einem Gespött der Welt gemacht haben.

## Skandalöse Wegnahme eines Schulgebäudes.

Interpellation der Senatoren Richter, Wolach und Genossen an den Herrn Minister für Schulwesen und Unterricht und den Herrn Minister des Innern.

Am Jahre 1919 wurde der deutsche Ort Klein-Studniz bei Jglau aus dem bisherigen Verband der deutschen Gemeinde Gossau ausgegliedert und in die tschechische Gemeinde Pustitz angegliedert. Am 1. Jänner 1920 wurde die deutsche, von 18 Kindern besuchte Schule in Klein-Studniz gesperrt und das Schulgebäude dem Josef Pustitz verkauft. Die Eltern der deutschen Kinder haben dieses Gebäude gemietet, um in demselben ihre Kinder privat unterrichten zu lassen. Ende April 1922 wurde das Gebäude von der Schulverwaltung beschlagnahmt und durch eine Kommission unter Führung des Bezirkskommissärs Dr. Proszynski zwangsweise geräumt, indem die Bücher, Unterrichtsmittel und Geräte, sowie die Einrichtung der Wohnung des Lehrers herabgeworfen und auf einen Hof gestellt wurden.

Wir fragen die Herren Minister:

1. Wie rechtfertigen dieselben das Vorgehen der politischen Bezirksverwaltung in Jglau, welche sich über die Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes einfach hinwegsetzt?
2. Wie rechtfertigen die Herren Minister diese Beschlagnahme des Schulhauses in Klein-Studniz, welche mit der Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes im Widerspruch steht, da anlässlich der Beschlagnahme des deutschen Schulgebäudes in Silberberg diese Beschlagnahme als ungesetzlich erklärt wurde, weil das Gebäude nicht frei, sondern durch einen Mietvertrag für Zwecke der deutschen Privatschule reserviert war.
3. Sind die Herren Minister gewillt, die Beschlagnahme des deutschen Schulgebäudes in Klein-Studniz sofort rückgängig zu machen? (Folgen die Unterschriften.)

## Genat.

125. Sitzung.

Auch das Programm der gestrigen Senats-Sitzung wäre wohl in monotoner Weise abgewickelt worden, wenn nicht vor allem die deutschen Sozialdemokraten kritische Stellung zu mehreren Vorlagen genommen hätten. Genosse Feder verwies auf die Mängel der Wohnungsfürsorgemaßnahmen, Sen. Jarolim betonte die notwendigen Ergänzungen, deren das Bruderladengesetz bedürfte, und Sen. Dr. Heller hatte zweimal Gelegenheit, die Meinung der deutschen Sozialdemokraten zu vertreten. Das einmal tat er es in einer ausführlichen Rede, in der er das Verhalten der Tschechoslowakei gegenüber Deutschland einer scharfen Kritik unterzog; das anderemal erhob er seine Bedenken gegenüber der Vorlage betreffend die Erweiterung der Wirksamkeit der slowakischen und karpathorussischen Landes-Kreditanstalten. Außerdem aber legte er scharfen Protest anlässlich der in dieser Sitzung erfolgten Unterbrechung ein, von der die Oppositionsparteien überhaupt nicht verständigt worden waren. Es war natürlich der tschechische Nationaldemokrat Sen. Dr. Mares, der dieses Vorgehen ganz gerechtfertigt fand. So würde sich eben der Absolutismus des Königs Karl Kranaek helfen; wenn er und die Seinigen das Ruder des Staates in der Hand hielten.

Um 1/5 Uhr eröffnete Vizepräsident Radlat die gestrige Sitzung. Zunächst referierten die Senatoren Dr. Vesely und Adermann über den Beschluß des Abgeordnetenhauses, betreffend den Antrag der Abg. Langr, Bezdel etc. auf außerordentliche Maßnahmen der Wohnungsfürsorge. In der Debatte sprach zunächst

### Senator Genosse Feder.

Die Vorlage, die uns jetzt beschäftigt, ändert an dem gegenwärtigen Zustand, soweit es sich um die Wohnungslage handelt, gar nichts. Wenn wir den § 1 des Gesetzes ansehen, so sagt er uns eigentlich gar nichts anderes als was in der schon lange in Wirksamkeit stehenden Bauordnung festgelegt ist. Anders ist die Sache mit dem § 2 des

vorliegenden Gesetzes. Den politischen Bezirksverwaltungen soll es überlassen bleiben, ob jene Wohnungen, die im Jahre 1921 mindestens sechs Monate vermietet waren, wieder vermietet werden müssen. Es mag ja vielleicht einen Fortschritt bedeuten, daß man wenigstens die Besitzer jener Mietwohnungen, die im Jahre 1921 zum Teil bewohnt waren, zwingen kann, sie wieder auf eine gewisse Zeit zu vermieten. Was ist nun aber mit jenen Wohnungen, die bewohnbar und im Jahre 1921 nicht bewohnt waren? Deren gibt es eine große Anzahl in jedem Orte. Und wenn das Gesetz wirklich etwas praktisch hätte machen wollen, hätte es zumindest auf das Jahr 1914 zurückgreifen müssen. Wir haben heute gegen das Jahr 1914 in den mittleren und kleinen Orten verhältnismäßig viel weniger vermietete Wohnungen, weil die Besitzer die Wohnungen für sich behalten. Das ist in mittleren und kleinen Orten der Fall. Wie sieht es nun in größeren Städten aus? Ich kenne in Reichenberg Häuser — und so ähnlich wird es in vielen anderen Orten sein — wo eine alleinstehende Frau, die nicht weit von mir wohnt, sechs Wohnräume hat. Das vorliegende Gesetz sagt u. a. auch, daß Mieter jener Wohnungen, die früher schon, also vor dem Jahre 1921, mehr Räume hatten als wie das Gesetz im § 8 vorschlägt, diese Wohnungen behalten können. Wenn also heute infolgedessen eine alleinstehende Person zehn Wohnräume hätte, kann ihr die Wohnung nach dem vorliegenden Gesetz nicht reduziert werden.

Wenn wir uns nun den § 13 ansehen, so gilt ihm zufolge das jetzt bestehende Prinzip, daß das Wohnungsbeschlagnahmengesetz doch aufgehoben ist. Der § 13 sagt, daß Wohnungen von Staatsangestellten, Staatsbediensteten usw., die ihre Wohnung wechseln, für ihre Nachfolger im Dienst reserviert bleiben müssen. Das wäre ja an und für sich eine ganz schöne Sache. Ich wünsche nur von dieser Stelle aus, daß das Gesetz auch beiden Nationalitäten gegenüber in der loyalsten Weise geübt werden möge. Es ist aber eine Inkonsequenz insofern vorhanden, als den Besitzern solcher Wohnungen, die Staatsbeamte oder Staatsangestellte als Mieter haben, eigentlich durch das Gesetz die Wohnung beschlagnahmt wurde, obwohl wir kein Wohnungsbeschlagnahmengesetz mehr haben. Die praktische Folge wird darin bestehen, daß heute die Hausbesitzer, so weit sie schon nicht Staatsbeamte in ihren Wohnungen als Mieter haben, diese nicht mehr in die Woh-

nungen aufnehmen werden. Redner sagt weiter: Der Hebel müßte bei der Bautätigkeit angefaßt werden. Und wenn Sie sagen, Sie können hier nicht anders als durch eine Bauleihe eingreifen, so trifft das hier eben nicht zu. Deutschland hat vom Jahre 1920 auf 1921 mehr als 21 Milliarden Mark für die Bautätigkeit ausgegeben; im Ruhrkohlengebiet wurden für die Kohlenarbeiter aus öffentlichen Geldern mehr als 3 Milliarden für Bauzwecke ausgegeben. Dazu kommt, daß die Gemeinden drüber noch eher in der Lage sind, für diesen Zweck etwas herzugeben, sodaß ein großer Teil der Wohnungsnot gelindert wurde. Was hat aber dieser Staat von staatswegen für diese Zwecke getan? Die Gemeinden können nichts tun; die Sparkassen resp. Banken geben kein Geld her, wenn ihnen auch die Anleihe vom Staate zum Teil sichergestellt wird, und die Industriellen sind zu einem großen Teil, wie Sie sagen, durch die Kriegsanleihe festgerannt. Was macht man nun bei Neubauten und auch schon bei der Vermietung von alten Wohnungen? Man verlangt vom Mieter, daß er den Mietzins auf fünf bis zehn Jahre in vornormin bezahlt, sonst wird er nicht aufgenommen. Wie soll aber der arme Arbeiter oder Angestellte die Miete für fünf bis 10 Jahre voranzahlen können?

Weil wir aus Erfahrung wissen, daß alle Verbesserungsorschläge, die von der Opposition kommen, einfach niedergestimmt werden und weil wir sehen, daß die von unseren Parteigenossen im Abgeordnetenhaus gestellten Anträge, die eine Verbesserung des Gesetzes darstellten, abgelehnt wurden, haben wir natürlich diese Anträge hier nicht wiederholt. Durch das Niederstimmen aller von der Opposition kommenden Anträge werden Sie in Zukunft nur das eine bezwecken, daß die Opposition zu einer anderen Art Opposition wird übergehen müssen. Wir verlangen als Sozialdemokraten im Interesse und zum Schutze der Mieter, daß das Wohnungsbeschlagnahmengesetz vom Jahre 1918 wieder eingeführt wird.

Obwohl wir also die Ueberzeugung haben, daß auch das vorliegende Gesetz an den bestehenden Zuständen nichts ändern wird oder doch so wenig, daß es kaum in die Waagschale fällt, werden wir doch für das Gesetz stimmen. (Beifall.)

Sen. Hartl (deutschnat.) stimmt mit der Ausführung des Vordruckers überein und sagt, daß er diese Erklärung unter der Nachwirkung des gestrigen Vorgehens der Mehrheitspartei abgibt, durch welches die Möglichkeit einer Erweiterung über die schändlichen Vorkommnisse der letzten Zeit den Deutschen abgeschnitten wurde. An dem Gesetze selbst bemängelte der Redner den § 13, der einen Eingriff in die Privatrechte darstelle und die Belastung der Häuser mit einem Servitute bedeute, dessen Folgen sich heute noch gar nicht absehen lassen. Darneben habe er auch das Bedenken, daß das Gesetz, und besonders der § 13, wieder eine furchtbare Waffe in der nationalen Bedrückung der Deutschen werde. Er beantragte die Streichung des § 13.

Das Gesetz wurde hierauf in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Zum nächsten Verhandlungsgegenstande, betreffend das Bruderladengesetz, erstatteten die Senatoren Jakuba und Hablena Bericht. Als einziger Debattentredner sprach

### Senator Genosse Jarolim.

Durch das vorliegende Gesetz soll eine bescheidene Reform der Bruderladenversicherung vorläufig zum Abschluß gebracht werden. Es muß dabei festgestellt werden, daß selbst diese bescheidene Form des Gesetzes argen Hindernissen begegnete. Zunächst hat das Abgeordnetenhaus diese Vorlage im Jänner erhalten, sie ist tagelang dort gelegen,

## Der Alt Reindl.

Von Franz Turba.

Der Alt Reindl war im Anfange ein Akt, wie alle amtlichen Schriftstücke sind. Er trug eine Nummer, ein Datum, ging von einer Behörde aus und war an eine Behörde gerichtet. Auch sein Inhalt oder Gegenstand, wie die Bureauangehörigen sagen, unterschied sich in nichts von jenen Schriftstücken, mit deren Eichtung, Bezeichnung, Verwahrung und Versendung sich täglich ein Heer von Kanzleibeamten beschäftigt. Der Alt Reindl betraf einen zwischen einer Versicherungsgesellschaft und einem Baumeister über die Unfallversicherung eines früheren Angestellten schwebenden Streitfall. Die Gesellschaft nahm die Versicherungspflicht als gegeben an, der Baumeister bestreift sie und machte geltend, daß der unversicherte Arbeitnehmer bei ihm nur als Bauarbeiter, aber nicht als technische Hilfskraft tätig gewesen. Ueber die Art seiner Dienstleistung sollte nun das Objekt des Streitfalles, der Bauarbeiter oder Bauzeichner Reindl, durch seine eigene Aussage Klarheit schaffen.

Reindl besaß offenbar kein Talent zur Geschäftigkeit und hatte nach dem Austritt aus dem Dienste des Baumeisters den Schatzplatz seiner Wirksamkeit in die Großstadt verlegt. Der Alt wanderte daher aus dem niederösterreichischen Landstädtchen, von dem er seinen Ausgang nahm, in die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. a auf dieser Wanderschaft verschiedene übergeordnete Ämter und Behörden zu passieren waren, zog sich der Weg etwas in die Länge, und Reindl übte, als die polizeiliche Nachfrage bis zu seiner letzten Wiener Quartierfrau vordringen war, seine den Gegenstand der behördlichen Erhebungen bildenden Papiere auf einem Bauplatze in Südmähren aus. Da Reindl von Südmähren

nach Steiermark, von Steiermark nach Schlesien, von Schlesien nach Salzburg „verzoq“, so trat er im Frühjahr 1912 ins Leben getretene Akt, als es im Herbst 1913 gelang, in Klagenfurt die Aussagen des lange Gefangenen dem Schriftstück einzuverleiben, bereits eine ansehnliche Zahl von amtlichen Ausfertigungen, Nummern und Unterschriften mit sich. Unter diesem Wust der behördlichen Bemerkungen und Gegenbemerkungen mochte der Inhalt des Schriftstückes etwas gelitten haben, die Aussagen Reindls waren nicht von jener jeden Zweifel ausschließenden Genauigkeit, daß es dem Baumeister nicht gelungen wäre, neue Einwendungen gegen die angeforderte Versicherungspflicht vorzubringen und zur Klarstellung des Sachverhaltes eine zweite Einvernahme seines früheren Angestellten zu beantragen.

Zwischen war die außerhalb der Artzählen, Amtsstempeln und Unterschriften spielende Weltgeschichte bis zum Sommer 1914 vorgerückt, und am Tage nach dem Morde von Sarajewo machte sich das Schriftstück von neuem auf die Suche nach Reindl. Der Akt ging nach Klagenfurt, mochte in Sing den Begeisterungsturm der Mobilisierung mit und erfuhr eine Woche nach der Räumung Sember's in Reichenberg, daß Reindl das Zivildienstadt mit der Uniform veräußert habe und zur Kriegsdienstleistung eingezogen sei. Jetzt blieb der Akt ratlos einige Monate auf einem Schreibtisch liegen, dann sah er einen heroischen Entschluß und ging gleichfalls zum Militär. Bei seinem Eintritt in die 1. und 2. Armee wurde das durch eine stattliche Anzahl von Vorgesetzten, Protokollen und Gutachten zu einem beträchtlichen Umfang angewachsene Schriftstück mit dem im Reglement vorgeschriebenen gehorsamsten Respekt empfangen. Die Sache Reindl erfuhr beim Militär eine liebevolle, eingehende und fürsorgliche Behandlung, wie sie kein Zivilamt bisher aufgewendet hatte und wie sie der zu jener Zeit

in den Karpathen freierende Landsturminfanterist Reindl nicht im entferntesten beanspruchen durfte. Für den Akt stand eine eigene Ordnung bereit, der das Schriftstück von der Post zum Kommando brachte, aus dem Zimmer des Adjutanten in die Schreibstube trat und danach dem Major zur Unterschrift vorlegte. Ein Subalternoffizier studierte sich durch die Streifzüge, ob Reindl einst als Bauarbeiter oder Bauzeichner tätig gewesen, soweit hindurch, daß er das Schriftstück mit einer Protokollzahl versehen und in den Einlauf nehmen konnte. Ein Oberoffizier verteilte sich solange in die letzten Häufel des Sachgegenstandes, bis er dem Adjutanten Bericht erstatten und eine Ausfertigung beantragen konnte, und ein halbes Duzend Schreiber war bemüht, von dem umfangreichen Schriftstück, den Bemerkungen und Gegenbemerkungen, den Gutachten und Protokollen eine für die Registratur bestimmte Abschrift anzufertigen.

Beim Militär besteht die strenge Vorschrift, daß jede einfache Bitte, Beschwerde und Meldung vom Infanteristen bis zum General den vorgeschriebenen Dienstweg durchläuft. Und da somit der Alt Reindl bei seiner Wanderung durch die Kommanden, Anstalten, Truppen und Verbände sich bei jeder Unterabteilung aufhalten mußte, dort in den Einlauf und in Abschrift genommen wurde, die Arbeit einer Ordnung eines Subalternen und Oberoffiziers, eines Adjutanten und Kommandanten, eines halben Duzends von Schreibern und Registraturunteroffizieren beschäftigte, so wird ein jeder begreifen, warum in jenen Tagen immer wieder der Ruf des Vaterlandes an seine Kriegsdiensttauglichen Söhne erging, warum die Musterungs-Kommissionen die Leute mit einem Auge und einem Lungenstich, mit Nierenentzündung und Herzklappenstörung, mit Gehirnerweichung und Aderverhärtung zum Tragen des selbigen Waffenkleides für geeignet fanden und dem ungeheuren Räderwerk des militä-

rischen Dienstweges immer neuen Betriebsstoff zuführten. Man wird aber auch verstehen, daß der Alt Reindl seinen beschwerlichen Marsch durch das Labyrinth der militärischen Kommanden, Truppen, Anstalten und Verbände nicht im über-eilten Tempo eines Sturmangriffes zurücklegen konnte.

Am Tage des glorreichen Durchbruches bei Gorlice erhob die 9. Ersatzkompanie des Ersatzbataillons 4, das der Landsturminfanterist, mit dessen vorkriegslicher ziviler Beschäftigung sich so viele Protokolle, Abschriften und Registraturbücher befanden, vor einem halben Jahre zur Armee ins Feld abgegangen war. Nach dieser Feststellung blieb das Schriftstück wieder eine Zeitlang ... auf einem langen Tische liegen, dann sah es den tapferen Entschluß und ging an die Front. Der Alt Reindl machte nun den Sommerfeld ... in Galizien und die Herbstoffensive am Balkan mit, war bei jedem erfolgreichen Vormarsch beteiligt und verkaufte es bei einer Aenderung der Kriegslage nie ... rechtzeitig vom Feinde loszulassen.

Angewiesen war der Landsturminfanterist Reindl durch einen Granateneinschlag verschüttet und mit einer Verwundung an ein Spital in die Heimat abgeschoben worden. Während der Alt Reindl seinen Namensträger auf dem südwestlichen Kriegsschauplatz suchte und vom sicheren Standort eines Clappergruppenkommandos aus das verzerrende Tommelfeuer zweier Hronzgeschützen mitmachte, war der Landsturminfanterist von seinem Erschörfer als Hilfsdiensttauglich einem Kommando der Heimarmee zugewiesen worden. Der Alt Reindl fand auch bei der Armee im Felde die gleiche fürsorgliche Aufnahme, Pflege und Behandlung wie bei den Kommanden, Truppen und Anstalten des Hinterlandes, wußte eine beträchtliche Zahl von Subalternen und Oberoffizieren, von Schreibern und Registraturunteroffizieren, für sein Schicksal zu in-

ohne daß irgendwie verhandelt worden ist. Schließlich wurden die Verhandlungen im Eilzugtempo vorgenommen und dieses Eilzugtempo wurde auch noch obenhin durch ein Känstelspiel gefördert, welches den Zweck verfolgte, mannigfache Scheidungen innerhalb der Bergarbeiter herbeizuführen. Man kann wohl behaupten, daß an den Rängen das Ministerium für öffentliche Arbeiten nicht unschuldig ist, denn die ganze Vorlage hat eine besondere Vorgeschichte. Im Frühjahr 1920 hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten den in Betracht kommenden Körperschaften den Vorentwurf zur Beratung vorgelegt. Es wurden die Bergarbeiterorganisationen, die Unternehmerorganisationen und auch die Bruderverbände befragt, und sie waren verpflichtet, in einer bestimmten Zeit ihr Gutachten abzugeben. Die begutachtenden Körperschaften haben den Entwurf des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in mannigfacher Beziehung abgeändert, und zwar vor allem insofern, als die Unternehmer den Wunsch hatten, soviel als möglich die Leistungen herabzusetzen, während die Arbeiter aus leicht begreiflichen Gründen das Gegenteil verlangt haben. Aber in einem Punkte waren sich die Bruderverbände, die Bergarbeiterorganisationen und auch die Unternehmer einig, daß die vom Ministerium für öffentliche Arbeiten vorgeschlagene Bruderverbände abgelehrt werden. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat sich für den Grundsatz ausgesprochen, daß die künftige Organisation der Bruderverbände zu ausgebaut werden soll, daß in Böhmen zwei Bruderverbände errichtet werden mögen, und zwar je eine in Brüx und eine in Prag und daß dann noch eine in Mähr.-Ostmark und in Preßburg errichtet werden soll.

Man möchte annehmen, daß nun das Ministerium für soziale Arbeiten nicht den mindesten Anlaß finden wird, irgendwelche Korrekturen daran vorzunehmen. Indes ist es anders gekommen. Es heißt im Motivenbericht, daß sich das Ministerium für soziale Arbeiten deshalb auf den Standpunkt gestellt hat, daß in Böhmen nur eine Bruderverbände errichtet werden soll, weil es versicherungstechnische Verhältnisse, nämlich die Risikogemeinschaft erfordert. Hier hat es sich aber sicherlich nicht um versicherungstechnische Fragen gehandelt. Dem Ministerium für öffentliche Arbeiten hat irgendjemand eingeredet, daß es aus so und soviel Gründen, die nicht auf dem Gebiete der Sozialversicherung und der Versicherung im allgemeinen liegen, zweckmäßig erscheint, für den Braunkohlenbergbau keine Bruderverbände errichten zu lassen. Schließlich aber haben die koalitierten Bergarbeiterorganisationen der Regierung nahe gelegt, daß eine einheitliche Bruderverbände für das ganze Staatsgebiet geschaffen werde. Zu unserem Vorteil hat sich die Mehrheit des Abgeordnetenhauses auf diesen Standpunkt gestellt. Außer dieser sollen nur noch Unterverbände, sogenannte Revierbruderverbände in den einzelnen Revieren errichtet werden. Da lag es sehr nahe, daß dafür gesorgt werde, daß auf dem Gebiete der Krankenversicherungsverwaltung die Autonomie der betreffenden Verbände bis auf das weiteste Maß ausgedehnt werde. Im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses bestand die entgegengesetzte Absicht und man mußte tatsächlich um jeden Abgang handeln, um eine gewisse Autonomie für die Revierbruderverbände herzustellen. Diese Anschläge wurden zwar teilweise abgeschlagen, ganz ist es aber nicht gelungen. Sonst ist in Bezug auf die Leistungen festzustellen, daß sie weit hinter dem Erwarteten zurück bleiben und es ist ganz sonderbar, daß es Unternehmern sehr nahe stehen, die behaupten, daß die Leistungen ungemein hoch sind. Letztlich hat ein Bergwerksbesitzer in einer Versammlung sich erlaubt auszurufen, daß man sich in diesem Staate abgewöhnen sollte, diese luxuriöse Sozialpolitik zu

treiben. Wie luxuriös unsere sozialpolitischen Einrichtungen insbesondere bei der Versicherung sind, beweisen die Tatsachen. Wie steht es mit den Leistungen an die invalid gewordenen Arbeiter? Die Regierung hat in ihrem Entwurfe gesagt, daß die Grundrente 1200 Kronen betragen soll, eine Rente, die wahrlich sehr bescheiden ist. Die Regierung hat weiters beantragt, daß die Steigerungsbetrag monatlich 4 Kronen oder im Jahre 48 Kronen betragen soll. Das ergibt einen Betrag von 2400 Kronen jährlich nach 30 Dienstjahren. Die koalitierten Bergarbeiterorganisationen haben beantragt, daß die Steigerungsbetrag mindestens zehn Kronen monatlich betragen soll. Leider ist dieser Antrag im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses abgelehnt worden und es wurde hernach ein Kompromißantrag angenommen, demzufolge die Grundrente von 1200 auf 900 herabgesetzt wurde und daß die Steigerungsbetrag nicht zehn, sondern acht Kronen betragen. Man kann ruhig aussprechen, daß bis zum zehnten Dienstjahre eigentlich alle jene Arbeiter, die bis dahin um Provision kommen, irgend einen Verlust haben. Ein Ausgleich tritt erst nach dem 10. Dienstjahre ein und die Provision beträgt nach 30 Dienstjahren 3300 Kronen. Nun kann man vielleicht über diese Ziffern erschrecken. Aber wenn man heute nach 30 Dienstjahren 3300 Kronen hat, so hat man an den Friedensverhältnissen gemessen, nicht mehr als 300 Kronen. Wenn nun die Unternehmer behaupten und teilweise auch in Regierungskreisen gesagt wird, daß die sozialen Lasten für die Bruderverbändeversicherung und für die Bergarbeiterversicherung im allgemeinen zu stark gewachsen sind, daß der Bergbau vielfach gefährdet ist und daß dadurch teilweise auch eine Konkurrenzunfähigkeit herbeigeführt wird, so gehört das einfach in das Reich der Fabel. Ich stelle fest, daß nach meinen Schätzungen der Anteil der Versicherungsbeiträge an dem Kohlenpreis knapp vier Prozent erreicht. Sonst wäre noch so manches über die Einzelheiten des Gesetzes zu sagen. Ich möchte aber nur noch das hervorheben, daß die Verwaltung für die Folge doch auf andere Grundlagen gestellt wird, als es bisher der Fall war.

Zum Schluß möchte ich nur noch einmal bemerken, daß wir, so unzulänglich auch das Gesetz ist, dennoch für die Vorlage stimmen werden in der Erwartung, daß sie bald verbessert werde. (Beifall.)

Nach den Schlussworten beider Referenten wurde das Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen.

Ueber die nächste Vorlage, den Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland über Rechtsschutz und Rechtshilfe erstattete Senator Dr. Krupka Bericht. In der Debatte sprach zunächst Senator Friedrich (deutschnat.), welcher die Vorlage vom nationalen Standpunkte aus angriff. Dann sprach Senator Sen. Dr. Heller, dessen Rede wir morgen ausführlich bringen werden.

Hierauf wurde die Vorlage in erster und zweiter Lesung angenommen.

Die nächsten zwei Verhandlungsgegenstände: 1. die internationale Vereinbarung betreffend die Errichtung eines internationalen Roteinstitutes und 2. die Vorlage über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurden nach Anhören der jeweiligen Referate debattenlos zur Kenntnis genommen.

Nun wurde die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrochen. Dann erfolgte der Bericht über die Vorlage betreffend die Erweiterung der Wirksamkeit der Landeskreditanstalten in der Slowakei und Karpathenrußland. Nach erstatteten Referaten meldete sich

und Feststellungen war der ursprüngliche Sachgegenstand so vollständig verschüttet und begraben worden, daß eine eigene Kommission zur Freilegung des Verbindungsfadens eingesetzt wurde. Das Oktobermanifest, das Österreich-Ungarn in eine Reihe von Teilstaaten auseinander legte, unterbrach die Arbeiten der Aufklärungs- und Entwirkungskommission, und es erhob sich die Frage, zu welcher Nationalitätenkonferenz die wertvolle Sammlung gehöre. Bei dem folgenden Zusammenbruch einiger der Alt nur dadurch im letzten Augenblick der Befangennahme, daß man fünf Tonnen Mehl den Italienern als Beute zurückließ und in dem auf diese Weise gewonnenen Wagenraum die umfangreichen Beilagen, Bemerkungen und Gegenbemerkungen der Streitkräfte Reindl verpackte. Der Wagon wurde auf dem Rückzuge einige Monate in Laibach festgehalten, und erst als eine üblicherweise Ueberprüfungsmission zur Ueberzeugung gekommen war, daß nicht die Entführung eines wertvollen gemeinsamen Heeresgutes oder eines jugoslawischen Nationalitätensymbols geplant sei, konnten die vielfältigen Aufstellungen, Protokolle und Unterschriften unbehindert in das zuständige deutschösterreichische Staatsgebiet rollen.

Genauvorig lagert die seltene Sammlung, die an Umfang die robuste unserer fruchtbarsten Romanischristlichen weit übertrifft, im Wiener Heeresmuseum, und es besteht die Gefahr, daß die amüsliche Laufbahn des Alt Reindl noch nicht abgeschlossen ist und eine unvorhergesehene Urganz einer Dienststelle die fürchterliche Lawine noch einmal ins Rollen bringt. Um einem solchen Unheil vorzubeugen, ergeht daher auf diesem Wege an den gewesenen Landsturminfantisten, Wege an den gewesenen Landsturminfantisten, den Bauschreiber oder Bauzeichner Reindl die öffentliche Bitte und Aufforderung, freiwillig seine noch ausstehende Aufgabe zu Protokoll zu geben und damit dem rußelosen Kantslei-Abhaber zur verdienten Ruhe in einer Archivrüst zu verhelfen.

Senators Genosse Dr. Heller.

zu Wort. Er bekämpfte die Vorlage aus dem Grunde, da er Zweifel hegte, daß Kreditinstitute, wie die böhmische Landesbank zum Beispiel, die zur Förderung der Bauwirtschaft keine Kredite deutschen Gemeinden gewährt habe, in diesem Falle Kredit leisten werde. Außerdem legte er im Namen der deutschen Sozialdemokraten einschiedlichen Protest gegen das Vorgehen ein, welches bei Unterbrechung der Sitzung geübt wurde. Er erklärte, seine Partei habe erst auf Ansuchen erfahren, worum es sich handle. Dies sei eine Rücksichtslosigkeit, die sich keine Partei auf die Dauer nicht bieten lassen werde. Er verlange, daß der Opposition gegenüber wenigstens die Form gewahrt werde. Er brandmarkte diese Art als unparlamentarisch und un-demokratisch.

Nachdem das obige Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen war, erhob sich Senator Dr. Soutup und gab eine Erklärung gegenüber dem Protokoll Dr. Hellers ab, in welcher er ersuchte, Dr. Heller möge zur Kenntnis nehmen, daß es sowohl dem Präsidium, als auch der Koalition fern gelegen sei, irgend wie und irgend jemanden beleidigen zu wollen. Man habe geglaubt, man würde sich über ein im Abgeordnetenhause zurückgestelltes Gesetz einigen, und habe beabsichtigt, nachher einer Klubobmannerkonferenz die ganze Angelegenheit vorzulegen. Wider Erwarten sei es zu keiner Einigung gekommen. Das Präsidium würde bedauern, wenn dieses Mißverständnis irgendwelche unangenehme Folgen nach sich ziehen würde.

Darauf — halb 9 Uhr — wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, um 10 Uhr vormittags statt.

**Ein Protekt der deutschen Sozialdemokraten**

in der Klubobmannerkonferenz des Senates.

In der gestrigen Klubobmannerkonferenz des Senates wurde zunächst das Tagesprogramm durchbesprochen und vereinbart, daß die nächste Sitzung am Donnerstag, den 13. d. M., vormittags um 10 Uhr stattfindet. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen 20 Gegenstände, welche alle durchberaten werden sollen. Sodann schließt der Senat die Frühjahrsession.

Im Anschluß daran erhob Genosse Doktor Heller gegen die Art der Beratung Beschwerde und protestierte gegen die Durchpeitschung so wichtiger Gesetze, welche es den Mitgliedern des Senates und insbesondere der Opposition unmöglich mache, sich vorzubereiten und an den Ausdiskussionen teilzunehmen. Er verwies darauf, daß durch diese Art der Beratung sowohl der Senat als Institution, als auch die Mitglieder des Senates als Personen im öffentlichen Ansehen im höchsten Grade herabgesetzt werden und daß ein solcher Zustand auf die Dauer unerträglich sei. Ihm schlossen sich die Vertreter aller Parteien an. Der Vorsitzende Senator Dr. Soutup erkannte die Beschwerden als durchaus gerechtfertigt an und sieht eine Abhilfe nur in einer Teilung der Arbeiten zwischen dem Abgeordnetenhause und dem Senat.

**Telegramme.**

**Neues Blutvergießen.**

Mariburg, 11. Juli. (Wolff.) Gestern nachts wurde die Frau des Schriftleiters der „Mariburger Zeitung“, Dr. Reis, als sie sich zufolge eines großen Karmes, der sich auf der Straße vor ihrer Wohnung erhob, an das Fenster begab, angeschossen. Sie erhielt einen tödlichen Schlag in die Stirne, der offenbar ihrem Marme galt. Dr. Reis hat in der letzten Zeit mehrfach Drohbriefe erhalten, in denen er und seine Frau aufgefordert wurden, innerhalb 8 Tagen Mariburg zu verlassen. In der Nacht vom 29. zum 30. Juni wurde in die Wohnung Dr. Reis' eine Bombe geworfen, die aber nicht explodierte. Ähnlich wurden vor der Wohnung Dr. Reis' große Skandale verübt. In der gestrigen Nacht legte der Varn gegen 1 Uhr besonders heftig ein, worauf Frau Dr. Reis an das Fenster trat und daselbst öffnete, wobei sie den tödlichen Schlag erhielt. Der Regierungspräsident und Dr. Reis haben auf die Ergreifung des Täters je 10.000 Mark Belohnung ausgesetzt.

**Immer wieder Waffenfunde.**

Berlin, 10. Juli. Der „Vorwärts“ meldet aus Magdeburg: Bei einer neuerlich vorgenommenen Untersuchung bei einem Angehörigen einer rechtsstehenden Organisation wurde ein vollständiges neues Krilliergeschütz gefunden. In einem anderen Falle wurden acht Stück Infanteriegeschütze mit vollständiger Ausrüstung für acht Mann vorgefunden. In einem alten Gebäude fand man 36 Karabiner und neue Gewehre. Einer der Hauptteilhaber hat, nachdem er ein umfassendes Geständnis abgelegt hat, durch Erhängen Selbstmord begangen.

**Die Kommunisten schwächen die proletarische Kraft.**

Berlin, 11. Juli. (Eigenbericht.) Die „Aite Frahe“ veröffentlicht einen Aufruf der Moskauer Exekutive zur gegenwärtigen politischen Situation. Der den Arbeitern gute Lehren darüber gibt, was sie nach der Meinung von Sinowjew und Ge-

nossen zu tun hätten. Was bei dem Aufruf besonders auffällt, ist das eine, daß sie die tödlichen Schimpereien gegen die sozialistischen Parteien nicht entfällt. Von der U. S. P. D. wird in diesem Aufruf gesagt: Falls die Unabhängige Sozialdemokratie in die Regierung eintritt, so wird das bedeuten, daß die sich jetzt von unten aufrichtende Einheitsfront des Proletariates durch die Führer der Sozialdemokratie zerbrochen werden soll. Denn es ist klar, daß die kommunistische Partei Deutschlands, die mit Euch Proletarier ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit Solidarität geübt hat, keine Solidarität üben kann mit dem demokratischen Bankiers, dem Kleinbürgerlichen und schwerindustriellen Zentrumspolitikern. Es ist ziemlich unvorsichtig von den Kommunisten, derartige Wendungen zu derselben Zeit zu gebrauchen, in der sie die innigste Solidarität zu den Bankiers und Großindustriellen Frankreichs und Englands eingehen wollen, wovon man schon in Genua einige hübsche Beispiele erlebt hat.

Der „Vorwärts“ schreibt zu diesem Aufruf: Unterzeichnet ist dieser Aufruf, Moskau, 8. Juli. Am 8. Juli hat sich die kommunistische Partei Deutschlands in Berlin bis Mittag Bedenkenzeit erbeten, ob sie den gemeinsamen Aufruf der Arbeiterorganisationen unterzeichnen solle oder nicht. Zugleich werden aber von Moskau die wüsten Beschimpfungen gegen jene geschleudert, mit denen die deutschen Kommunisten tags zuvor an einem Tische gefessen haben. Auch dies ist ein Beitrag zur proletarischen Einheitsfront.

**Ende des Berliner Buchdruckerstreiks.**

Berlin, 11. Juli. (Eigenbericht.) Der Berliner Buchdruckerstreik ist heute von der Generalversammlung des Verbandes für beendet erklärt worden. In den Verhandlungen mit den Unternehmern wurde die sofortige Auszahlung einer Teuerungssumme von 300 Mark und erhebliche Lohnzulagen erreicht. Die Bedingungen entsprechen im wesentlichen den Forderungen, die von den Buchdruckern vor dem Streik aufgestellt worden waren und die die Unternehmer zuerst abgelehnt hatten. Die Arbeit soll Mittwoch früh geschlossen wieder aufgenommen werden, sodas die bürgerlichen Blätter zuerst wieder morgen nachmittags erscheinen werden. Mahregelungen in den einzelnen Betrieben dürfen nicht stattfinden. Die getroffenen Vereinbarungen gelten auch für das Hüfpersonal.

**Neue Zusammenstöße zwischen Faschisten und Kommunisten.**

Rom, 10. Juli. In Sestripone fand anläßlich des Albertsfestes Umzüge statt, wobei die Kommunisten die Teilnehmer einzeln überfielen. Ein Faschist wurde durch Schüsse getroffen. Die Faschisten befehlen darauf das Stadthaus, zerstörten die Konsumbäckerei und eine Filmfabrik. Schließlich stellte Militär die Ordnung wieder her. In weiteren Zusammenstößen kam es in Grosa bei Padua, wohin die Faschisten eine Strafexpedition entsendet hatten. Ein Faschist, ein Kommunist und dessen Mutter wurden durch Schüsse getötet. In Gungliano bei Neapel hatten die Faschisten die Räume des dortigen sozialistischen Vereines zerstört. Auf ihrer Rückkehr wurden sie von Kommunisten beschossen, wobei mehrere Personen verwundet wurden.

**Der Bürgerkrieg in Irland geht weiter.**

Dublin, 10. Juli. (Sabas.) Die Aufständischen haben zwei Kasernen des Freistaates in Carrickshannan angegriffen. Auf dem umliegenden Hügel der Stadt eröffneten sie das Feuer, das von der Garnison beantwortet wurde. Nach einer mehrstündigen Schießerei zogen sich die Aufständischen zurück.

Dublin, 10. Juli. (Neuter.) Durch ein Attentat wurde ein Teil der Eisenbahnlinie zwischen Dundalk und Drogheda zerstört. Die Eisenbahnverbindung zwischen Belfast und Dublin ist unterbrochen. Auch an anderen Stellen der süd-irischen Bahnen wurde Schaden angerichtet.

**Von der internationalen Luftschiffahrtskommission.**

Paris, 11. Juli. (Sabas.) Heute vormittags wurde im Ministerium des Äußeren die erste Sitzung der internationalen Kommission für Luftschiffahrt abgehalten. Die Eröffnungsansprache hielt Ministerpräsident Poincaré. Bei der Konferenz sind folgende Mächte vertreten: Belgien, Bolivien, Großbritannien, Frankreich, Japan, Persien, Portugal, Griechenland, S.S. und Siam. Auf der Tagesordnung sind zahlreiche technische Fragen, betreffend die internationale Luftschiffahrt, den Luftverkehr, die drahtlose Telegraphie, Meteorologie usw. Die Konstituierung der Kommission, deren Aufgabe in Zukunft sein soll, die Regeln und Gesetze der Luftschiffahrt auszuarbeiten, ist ein bedeutungsvolles Datum in der Geschichte der Luftschiffahrt.

**Glynes gegen den Frieden von Versailles.**

London, 11. Juli. Der Arbeiterführer Clynes sagte gestern abends in einer Rede, die Arbeitslosigkeit in England sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß in Versailles kein kluger und gerechter Friede geschlossen wurde. Dies müsse nachträglich geschehen und zwar nicht aus Sympathie für Deutschland, sondern mit Rücksicht auf die Lage, die durch die Fehler in England geschaffen wurde.

# Reichskonferenz der Bergarbeiter.

## Erster Verhandlungstag.

Im Prag-Smichowetz Volksbause traten gestern die Delegierten der drei Bergarbeiterverbände und der Revierräte aus der ganzen Republik zur Reichskonferenz zusammen. Der Konferenz, welche vom Abgeordneten Genossen Prokiz um zehn Uhr vormittags eröffnet wurde, wohnten als Vertreter der Ministerien bei: Für das Ministerium für öffentliche Arbeiten die Herren Ministerialräte Dr. Rude und Dr. Kurz; für das Ministerium für soziale Fürsorge, Herr Ministerialsekretär Kovat; für das Handelsministerium Herr Seltionstat Dr. Apelt; für das Eisenbahnministerium Herr Inspektor Hanus. Für die tschechische Gewerkschaftszentrale war Sekretär Genosse Haus und für die deutsche Abgeordneter Genosse Schäfer anwesend. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Die wirtschaftliche Situation im Bergbau“, referierte zunächst Abgeordneter Genosse Prokiz in tschechischer Sprache, welcher die trostlose Lage der Bergarbeiter in allen Revieren eingehend schilderte und die, von den Verbänden vorgelegte Resolution begründete und zur Annahme empfahl. In deutscher Sprache referierte sodann Abgeordneter Genosse Pohl, von der Union der Bergarbeiter. Er wies an außerordentlich anschaulichen Ziffern die eigentlichen Ursachen der schweren Wirtschaftskrise im Bergbau nach. Er zeigte auch, wie der Weltkohlenbedarf in viel stärkerem Sinken ist als die Kohlenproduktion, und wie namentlich die großen Zwangskohlenlieferungen Deutschlands an Frankreich geradezu Verheerungen in der Kohlenförderung und namentlich im Abzug der anderen Staaten, besonders Englands und noch mehr der tschechoslowakischen Republik anrichten. Frankreich, welches durch die billigen deutschen Zwangskohlenlieferungen mit Kohle weit überversorgt ist, macht mit der deutschen Kohle Geschäfte wie etwa ein Kohlenhändler, und es verkauft seinen großen Kohlenüberschuß nach Italien, Desterreich, Ungarn und Jugoslawien, also vornehmlich in jenen Gebieten, welche früher aus unseren Revieren Kohle bezogen. Dazu kommt noch die unselbige Wirtschaftspolitik der tschechoslowakischen Regierung, mit der exorbitant hohen Kohlenabgabe und den teuren Frachten, welche eine Kohlenausfuhr geradezu unmöglich machen, dazu kommt noch das Unglück der Bahntarifdifferenzen, welche den Ausländern mit schlechterer Valuta den Kohleneinkauf bei uns verbietet. Eine Besserung ist nicht abzusehen. Im Gegenteil, es dürfte sich der Zustand noch verschlimmern, weil man den Polen, dem kohlenreichsten Staate, noch Oberschlesien zuteilt, sodas es, da es ja auch ein Staat mit sehr minderwertiger Valuta ist, uns sogar im Inlande niederkonkurrieren kann. Für die Bergarbeiter der tschechoslowakischen Republik ist trotz aller Bitten keine ernstliche Hilfe erreicht worden. Die Unternehmer operieren mit falschen Ziffern, um das Ansehen der Bergarbeiter herabzusetzen. Genosse Pohl wies an der Hand amtlicher Daten nach, das trotz stetig sinkender Löhne die Förderleistung der Gruben gewaltig gestiegen ist. Bei den Unternehmern ist aber auch der böse Wille zu erkennen. Trotz der ungeheuren Entlassenziffern, ist der Stand der im Bergbau Beschäftigten nicht wesentlich gefallen, weil die Unternehmer die gelernten und verarbeiteten Bergarbeiter entlassen, dafür aber „gefällige“ nicht gelernte Arbeiter einstellen, welche sie zum Teil mit Reden verpflichtet, um niedrigeren Lohn zu arbeiten. Die Unternehmer fordern jetzt einen weiteren Lohnabbau, wieder nur, um ihre Profite noch mehr zu erhöhen, nicht aber um konkurrenzieren zu können, weil selbst bei vollkommenem Wegfall der Löhne die meisten Gruben nicht konkurrenzieren könnten. Die Löhne der Bergarbeiter sind kümmerliche, selbst wenn sie voll arbeiten würden, in der ganzen Republik gibt es aber keine Grube, wo gegenwärtig noch sechs Tage in der Woche gearbeitet wird. Die meisten Bergarbeiter sind nur drei bis vier Tage wöchentlich beschäftigt und deshalb ist der Lohn so gering, das damit einmal der bescheidenste Lebensunterhalt bestritten werden kann. Von diesem Hungereinkommen noch einen Abbau durchzuführen zu wollen, ist eine verbrecherische Zumutung an die Bergarbeiter.

Nach eingehender Debatte, in welcher die Delegierten aus allen Revieren zu Worte kamen und die besonderen Uebelstände derselben erklärten, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die im Wesentlichen folgendes besagt:

Durch die am Schlusse des Generalstreiks getroffene Vereinbarung vom 10. Februar 1922 haben die Bergarbeiter das äußerste Maß dessen erlitten, was ihrerseits zur Milderung der Krise im Kohlenbergbau möglich ist. Die Reichskonferenz stellt ausdrücklich fest, das fast in allen Revieren die Leistung gestiegen und die Lohnkosten wesentlich gesunken sind.

Trotz alledem hören die Versuche der Bergwerksbesitzer nicht auf, die Krise im Kohlenbergbau auf Kosten der Lebenshaltung der Bergarbeiter sanfter zu wollen.

Die Wirkungen der Kohlenkrise für die Bergarbeiter sind furchtbar, neben mehr als zehn Tausend Entlassungen im Vorjahre sind nahezu 8000 Entlassungen im ersten Halbjahre 1922 zu verzeichnen. Mehr als zwei Drittel der Belegschaften arbeiten mit Ferkelschichten, darunter bis zu vier in der Woche, während in der gleichen Zeit Tausende von Nichtbergarbeitern neu eingestellt wurden.

Die Empörung der Bergarbeiter ist umso begreiflicher, als die Regierung zur Milderung der Krise trotz der Forderungen der Bergarbeiter viel zu lange gar nichts veranlaßt und dann in völlig unzureichender Weise und viel zu spät eingriff, so wie es das Ministerium für öffentliche Arbeiten durch die unzureichende Herabsetzung der Kohlensteuer vom 6. Juli 1922 beispielsweise getan hat.

Die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes wird nicht nur für die Bergarbeiter untraglich, er gefährdet das gesamte volkswirtschaftliche Leben und schädigt die Interessen des Staates.

Die Reichskonferenz verkennt keineswegs die eingeschränkte Macht des Staates, soweit internationale und weltpolitische Ursachen für die Wirtschaftskrise im Allgemeinen und für die Kohlenkrise im Besonderen in Frage kommen. Sie muß nichtsdestoweniger feststellen, das in völliger Ermennung der wirtschaftlichen Realverhältnisse und in Befolgung einer einseitigen kapitalistischen Profitpolitik eine verkehrte Wirtschaftspolitik des Staates an der Verschärfung der Krise einen größeren Anteil hat als die internationalen und weltwirtschaftlichen Ursachen.

Die Reichskonferenz erhebt daher zur Milderung und Behebung der Krise nachstehende dringliche Forderungen:

1. Die völlige Aufhebung der Kohlenabgabe und die Beseitigung aller Exportprämien, Ausfuhrbehinderungen und als zunächst und unverzüglich zu verwirklichende Maßnahmen und die völlige Aufhebung der Kohlenabgabe für Koks- und alle Exportkohlen. Einteilung der übrigen Kohle zwecks Bemessung der Kohlensteuer nach Gruppen je nach Höhe der Gesteinskosten und Verwendbarkeit (Kaloriengehalt) mit einer Kohlenabgabe für die einzelnen Gruppen von 5, 10, 15 und 20 Prozent, völlige Beseitigung aller Exportprämien und Ausfuhrbehinderungen.

2. Allgemeine Herabsetzung der Kohlentarife, Ausgleiche der Tarife in den einzelnen Revieren, bzw. Beseitigung der großen Tarifunterschiede, Durchrechnung der Tarife, sofortige Aufhebung der erhöhten Auslandstarife auf den Inlandsbahnen und falls die erniedrigten Tarifsätze für Kohle ausfuhrhinwendig wirken, eine weitere Herabsetzung der Tarife für Ausfuhrkohle.

Die Art der Bewirtschaftung der Kohle ist keineswegs an der Verschärfung der Krise schuldlos, die gesamte Kapitalistenklasse des Staates, gedrängt von den Besitzern der Gruben, besonders der Großhandelskongern erhebt demgegenüber immer leidenschaftlicher die Forderung nach völlig freier Bewirtschaftung der Kohle im ausschließlichen Interesse ihrer Profitwirtschaft. Der Freihandel mit Kohle würde aber auf keinen Fall eine Milderung oder Behebung der Kohlenkrise, sondern eine Verschärfung und unvermeidlich weitere Betriebsbeschränkungen zur Folge haben. Er würde außerdem die verstärkte Monopolstellung einiger Großkohlenkongerne zur Folge haben, deren Diktat nicht nur die Bergarbeiter, sondern auch die Konsumenten der Kohle ausgeht wären. Die Reichskonferenz spricht sich daher entschieden gegen den Freihandel mit Kohle aus und fordert bis zur Durchführung der Sozialisierung der Gruben als Ubergangsstadium.

3. Die unverzügliche Schaffung von Kohlenzwangssyndikaten für größere Gebiete (Reviere), nach Stein- und Braunkohle getrennt, welche von Vertretern der Grubenbesitzer, Vertretern der Bergarbeiter und Angestellten, der Konsumenten und des Staates verwaltet werden. Diese Syndikaten muß das volle Distributionsrecht mit Kohle, sowie das Recht auf Reparierung der Gesehungskosten bis zu einem bestimmten Teil des Verkaufspreises übertragen werden. Wo absichtlich oder sonst die technische Verwirklichung der Betriebe unterlassen und dadurch die Herabsetzung der Gesehungskosten verhindert wird, können vom Syndikat die Reparierungsansprüche ganz oder teilweise herabgesetzt werden. Alle Lieferungsverträge und Abklüsse für Kohle unterliegen der Genehmigung der Syndikate.

Der beim Ministerium für öffentliche Arbeiten errichtete Kohlenrat, der sich in seiner jetzigen Zusammensetzung und Rechtswirksamkeit als eine vollständig unfähige Institution erwiesen hat, ist durch eine andere Zusammensetzung mit einem positiven Wirkungskreis derart auszugestalten, das er als oberste Kohlenwirtschaftskorporation des Staates gilt und den Syndikaten übergeordnet wird.

Die durch die Wirtschaftskrise im Kohlenbergbau verursachte Arbeitslosigkeit wird von den Bergwerksbesitzern dazu benützt, Betriebe einzuschließen und stillzulegen, nach einer gewissen Zeit mit neuen Belegschaften wieder in Betrieb zu setzen. Tausende Bergarbeiter sind dadurch arbeitslos und trotzdem werden von den Grubenkapitalisten fortgesetzt neue Arbeitskräfte eingestellt. Der Zustand kann nur beseitigt werden, wenn den Bergarbeitern durch Verbesserung des Betriebsrätegesetzes ein größerer Einfluß auf die Entlassungen und ein bestimmter Einfluß auf die Neueinstellungen eingeräumt wird. Die Reichskonferenz verlangt daher

4. Die unverzügliche Errichtung der im Betriebsrätegesetz vorgesehenen paritätischen Arbeitsvermittlungsgesellschaften als Zwangsarbeitsnachweise für den Bergbau.

5. Die Reichskonferenz fordert die staatliche Arbeitslosenunterstützung für arbeitslose Bergarbeiter in vollem Ausmaße auch über die Dauer von 6 Monaten und fordert eine staatliche Unterstützung für alle jene Kurzarbeiter

im Bergbau, die regelmäßig monatlich neun oder mehr Schichten feiern müssen.

6. Die Reichskonferenz fordert als Maßnahme zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Bergbau, das unverzüglich mit Rekulativierungsarbeiten der durch den Bergbau zerstörten Bodenflächen begonnen werde, zu welchem der Staat in der Höhe der staatlichen Arbeitslosenunterstützung und die übrigen Kosten die Bergwerksbesitzer und Grundbesitzer zu tragen haben. Desgleichen fordert die Reichskonferenz, das außerdem in den Revieren mit großer Arbeitslosigkeit öffentliche Notstandsbauten ausgeführt werden.

Die Reichskonferenz schließt sich vollinhaltlich der Resolution an, die über die Wirtschaftskrise am 5. d. M. bei der Konferenz der drei Gewerkschaftszentralen beschloffen wurde.

Versuche der Bergwerksbesitzer, die Krise zur Verschleierung der Lebenshaltung der Bergarbeiter zu mißbrauchen, müssen von den Bergarbeitern mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, die Bergarbeiter stehen auf dem Boden der Prager Vereinbarung vom 10. Februar 1922, während das Unternehmertum sich in vielen Fällen an die Vereinbarung nicht hält. Die Bergarbeiter sind gewillt, sich auch weiterhin zu den Forderungen der Vereinbarung vom 10. Februar 1922 zu bekennen und geloben deren Durchsetzung und weitere Anerkennung mit allen Mitteln zu erzielen.

Die Konferenz wurde sodann unterbrochen, und wird heute fortgesetzt.

## Tages-Neuigkeiten.

**Zwischen Himmel und Erde.** Auf einem Stadtplatz werden die Türme einer Kirche mit neuem Messingblech beschlagen. Auf den schwankeenden Leitern kriechen die Dachbeder mit einer Sicherheit, als wären sie nicht auf gebrechlichem Gerüste, sondern auf festem Erdboden. Eine Menge Leute bleibt unten an der Straßenecke stehen und blickt hinauf. In den Augen der einen flackert die Angst und das Entsetzen — das sind die Juristen, die das Los des Dachbeders als etwas Entsetzliches ansehen. Die kleinen Schulbuben, die mit weit geöffneten Augen hinaufstarren — sie denken noch nicht an die Gefahren, die der Beruf der Männer dort oben mit sich bringt und sie beneiden daher den Lehrling, der gerade aus der Turmluke herauskriecht darum, das er den Wolken näher ist und von so hoch oben den Anblick der Stadt genießen kann. — Auch Müßiggänger bleiben unten stehen. Menschen, denen der Anblick einer gefährlichen Arbeit eines anderen ein Mittel dazu ist, die Blähtzeit durch neue Neuenaufstellungen zu vertreiben. Diese Menschen tauschen auch ganz laut ihre Meinungen über das Arbeiten auf dem schwankeenden Gerüste aus; zwei solche junge Vasser setzen sich denjenigen von ihnen, der sich auf das stiegende Gerüst hinaustrauere — Preise aus. Gar laut streiten sie unter sich und warfen einander Wutlosigkeiten vor. Ein alter Arbeiter schaut dem Treiben und Debattieren der mageren Jünglinge eine geraume Weile zu und sagt dann: „Wenn also einer der Herren mugehen will, ich beginne jetzt oben zu arbeiten und nimm ihn mit“. Sprachlos starren ihn die vor kurzem noch so sensationsgierigen jungen Leute an, dann murmelten sie jeder etwas und verschwanden einer nach dem anderen um die nächste Ecke. Der alte Arbeiter schaut ihnen gernigshatig lächelnd nach und meint dann halblaut: „Was wurden die erst jagen, wenn sie oben a r b e i t e n müßten!“

**Beim Ueberfall in Wliza** haben sich, wie unser Homosauer Parteiblatt, die „Volkszeitung“, berichtet, auch Bedienstete der Eisenbahn, nämlich Schaffner, an den Ausschreitungen beteiligt. So wurde einem Schaffner die Wienlampe weggenommen, als er mit dieser auf die angegriffenen Turner losschlug. Weiter wurde nach Aussagen von Augenzeugen bewiesen, das die Lokomotive des Sonderzuges während des Ueberfalles abgelockert war und erst nach dem Ueberfalle wieder angelockert wurde, welche Arbeiten nur von Sachverständigen, also Eisenbahnern, ausgeführt werden konnten. Als sich dann der Zug wieder in Bewegung setzte, kam, wie ein anderer Augenzeuge unserem Parteiblatt berichtete, ein Schaffner in den beim Ueberfalle zuerst angegriffenen Frauenwagen und erklärte, das jetzt schon nichts mehr vorkommen würde. Es ist Pflicht der maßgebenden Stellen, eine gründliche Untersuchung durchzuführen und auch festzustellen, inwieweit die Meldungen über das ständalöse Vorgehen der Bahnbediensteten auf Wahrheit beruhen.

**Das Gebet in der Schule.** Der Wiener Stadtschulrat hat in seiner heutigen Sitzung eine Verordnung erlassen, wonach das konfessionelle Gebet vor dem Unterrichte fallengelassen wird. An Stelle dieses Gebetes soll ein von den Lehrern zu bestimmender, auf die konfessionelle Eigenart der Schüler Rücksicht nehmender, Spruch gesprochen oder ein Lied gesungen werden. Nach der bisherigen Verordnung, die aus dem Jahre 1893 stammt, mußte vor und nach dem Unterrichte in den Volks- und Bürgerschulen das Vater unser und das Ave Maria gebetet werden. Nach dem Umsturz wurde jedoch diese Praxis nicht mehr geübt. Die Verordnung wurde mit allen Stimmen gegen die der Christlichsozialen angenommen.

**Einer der gerne Älter sein möchte als er tatsächlich ist,** ist der Bürgermeister von Groß-Prag, Dr. Baza, sein 60. Geburtstag feiern wird, obwohl er erst 59 Jahre alt ist. Dieses Vorgehen des Oberhauptes der Hauptstadt der tschechoslowakischen Republik wird erst erklärt, wenn man bedenkt, das nächstes Jahr Neuwahlen in die Gemeinde sind und das dann vielleicht Herr Dr. Baza Bürgermeister — gewesen sein wird. Do-

rum gilt es also, die gebotene Zeit noch auszunützen und ein offizielles Geburtsfest zu feiern, solange man noch in Amt und Würden sitzt. Bei einer privaten Feier im nächsten Jahre gäbe es kein so großes Aufsehen und vielleicht auch keine offizielle Anerkennung.

**Einstellung des Goldbergbaues in Roudna.** Die „Tribuna“ erfährt, das der Goldbergbau in Roudna, dem einzigen Goldbergwerke der Republik, eingestellt werden, weil es bereits ein Defizit von einer halben Million Kz aufweist. Die Direktion verlangt die Bewährung von Begünstigungen seitens des Staates, welche die Herabsetzung der Produktionskosten gestatten würden. Das dortige Gold kauft bis auf einen kleinen Rest der Staat für den Staatschatz.

**Schwere Unglücksfälle am Flugplatz in Eger.** Am Sonntag früh stürzte in Eger ein Militärflugzeug aus einer Höhe von etwa 200 Metern ab. Von den Insassen waren der Flugschüler Peterka tot, während der Pilot Petera schwere Verletzungen davon trug. — Am gleichen Vormittag stürzte ein anderes Flugzeug in der Nähe des Flugplatzes beim Dorf Oberschön gleichfalls ab. Unter dem zertrümmerten Flugzeuge wurde der Feldpilot Machowetz schwer verletzt hervorgezogen.

**Typhuserkrankungen in Auffsig.** In der letzten Zeit sind in Auffsig 38 Personen an Typhus erkrankt. Dazu kommen noch einige Erkrankungen in den auswärtigen Gemeinden. Von den Erkrankten, größtenteils jungen Leuten, ist bisher nur einer gestorben. Nach den bisherigen Nachforschungen sind die Erkrankungen auf Genuss von Salat zurückzuführen, der mit Wasser aus dem Kleisch- oder dem Hlabachsee gereinigt wurde. Diese beiden Bäche, die durch Abflusswasser aus Fabriken vollständig infiziert sind, bilden eine große Gefahr für die Bevölkerung von Auffsig, da diese in dem Bachwasser Bäche reinigt, die Kinder darin spielen läßt und das Wasser sogar zum Reinigen von Gemüse verwendet. Durch Isolierung der Kranken ist ein Weiterausbreiten der Seuche unmöglich gemacht. Es besteht somit die Hoffnung, das bei entsprechendem Verhalten der Bevölkerung — Nichtbenutzung des Bachwassers — die Epidemie bald beseitigt sein wird.

**Eisenbahnunfall in Resteritz.** Als am Sonntag der um 10 Uhr 15 Min. von Bodenbach kommende Personenzug in der Haltestelle Resteritz-Großprisen hielt, stieg die ungefähr 50 Jahre alte Marie Horn auf der dem Perron entgegengesetzten Seite des Zuges aus. Im selben Augenblick wurde sie von der Maschine des von Prag kommenden Personenzuges, der in der Resteritzer Haltestelle nicht hält, erfasst und beseite geschleudert. Schwer verletzt mußte die Frau dem Bezirkskrankenhaus in Auffsig übergeben werden. — Derartige Unglücksfälle könnten vermieden werden, wenn zwischen den beiden Geleisen innerhalb der Haltestelle eine Barriere errichtet würde.

**Eine junge Lebensretterin.** Im Kummerteiche bei Plesome bemerkte dieser Tage die 13jährige Elize Farter, das ein Mann mit den Wellen ringe. Das Mädchen schwamm hinaus, und hielt den ertrinkenden Mann solange über Wasser, bis sie herbeikam, die den bewußlosen Mann und das vollkommen erschöpfte Mädchen ans Ufer brachte.

## Kleine Chronik.

### Explosion eines Minendepots bei Cuzhaven.

**Hamburg, 11. Juli.** (Wolff.) Heute nachmittag um 1 Uhr 3 Minuten hat sich im Minendepot Groden bei Cuzhaven eine gewaltige Explosion ereignet. Da alle Fernsprecheinrichtungen mit Cuzhaven gesperrt sind, sind Einzelheiten noch nicht in Erfahrung zu bringen. Gerüchtwelse verlautet, das von dem Betriebe nur noch ein Schuppen übrig geblieben ist. Eine gewaltige Feuerbrunst ist weiterhin zu beobachten.

**Cuzhaven, 11. Juli.** (Wolff.) Der ersten Explosion im Minendepot Groden folgte eine Reihe schwerer Detonationen. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf dreißig geschätzt. Ungefähr 200 Arbeiter waren zur Zeit des Unglückes im Depot anwesend. Auch in Cuzhaven, wo alle Fensterscheiben zerprangen, wurden mehrere Personen durch Glascherben verletzt. Die Explosionsgefahr ist noch nicht ganz beboben.

### Schweres Eisenbahnunglück in Spanien.

**Madrid, 11. Juli.** Heute vormittags stießen ein Schnellzug und ein Personenzug im Bahnhof Barbes bei Valencia zusammen. Beide Züge wurden vollständig zertrümmert. Bis jetzt wurden 38 Tote geborgen. Zahlreiche Passagiere sollen verwundet sein.

**Ein Flugpostverze in Desterreich** wird mit 18. Juli wieder eingerichtet. Befördert werden Flugpostsendungen u. zw. vorläufig Briefe, Postkarten, Druckachen, Geschäftsapiere und Warenproben täglich von Wien aus über Prag, Straßburg nach Paris mit Anschluß von Prag nach Warschau sowie von Wien nach Budapest und umgekehrt.

**Der Flug um die Erde.** London, 11. Juli. (Baurenberg.) Major Blate ist gestern von Adulit nach Bagdad abgeflogen. Es wurden Maßnahmen getroffen, das das Flugzeug in Bja (Transjordanien) ein Maschinengewehr an Bord nehme. Die dortige britische Flugkation wird während der ganzen Dauer des Krieges mit Kalte und Bagdad in Verbindung stehen, sodas den Fliegern im Falle einer Notlandung in der Wüste sofort Hilfe geleistet werden kann.

# Wie man zu einer Wohnung kommt.

Von Hans Jger.

Ich kenne eine Wohnung, die nicht nur leer steht, sondern die auch zu vermieten ist. Eine schöne, helle, komfortable Bierzimmerwohnung in einem Prachtbau, mitten im Zentrum Prag.

Wo dies Juwel zu finden ist und wie die Adresse des Hausbesitzers heißt? Gemach, meine Herrschaften. Ehe sie briefliche oder telegraphische Anfragen an mich richten, hören Sie mich an, was ich für Erfahrungen mit dieser bezugsfertigen Wohnung gemacht habe.

Der Herr, ein überaus liebenswürdiger Mann, erklärte sich grundsätzlich bereit, mich als Mieter aufzunehmen. Grundfänglich, das heißt gegen mich oder meine Familie hatte er nicht den geringsten Anstand. Aber er werde nicht mehr lange Herr des Hauses sein. Er werde das Haus „en bloc“ verkaufen, um sich neuen Taten zuwenden. Da könne er nicht gut dem neuen Besitzer in der Wohnungsübertragung vorgreifen.

Der freundliche Mann sah mein ebenso lauges wie betrübtes Gesicht, und es durchriefelte ihn ein menschliches Rühren.

„Ich werde Ihnen einen Vorschlag machen, lieber Herr, wie Sie zu der Wohnung kommen können. Sie beschaffen mir einen Käufer für das neue Haus und bedingen sich als Entschädigung gleich die obere Wohnung aus. Sie wissen, das erste Stockwerk ist als Kaffeehaus eingerichtet, es kommt also vor allem ein Kaffeehausbesitzer oder ein Gastwirt in Frage. Da im Erdgeschoß elegante Läden sind, so könnte wohl auch ein Friseur, der eine Filiale eröffnen will, das Grundstück erwerben.“

„Um, Das ließe sich hören. Das wäre ein Weg zum Ziel.“ Ich ließe mir den Preis des Grundstücks nennen und — wäre vor Schreck beinahe in eine Baugrube gefallen. Der liebenswürdige Bauherr nannte eine siebenstellige Zahl. In Brinn habe ich zum Glück einen guten Bekannten, der seit sieben Jahren auch auf siebenstellige Zahlen zu reagieren vermag. Diefem Manne, einem Bondonfabrikanten, bot ich den Prachtbau an.

Mein Bondonfabrikant war auch grundfänglich mit dem Erwerb einverstanden. Grundfänglich an die siebenstellige Zahl stieß er sich nicht, auch würde er mich gern als Mieter sehen. Die Franzose sei nur, wer das Kaffeehaus übernehme.

Der Geschäftsführer eines Ostrauer Hotelunternehmens, den ich von früher her kannte, hatte mir schon vor längerer Zeit gesagt, er nehme sich nach Selbstständigkeit, er wolle gern ein Kaffeehaus oder ein kleines Hotel übernehmen. Ihm bot ich das Kaffeehaus an.

„Gern würde ich es übernehmen,“ schrieb er zurück, „aber ich höre, die Einrichtung muß vom Mieter gestellt werden, die kostet heute mindestens zweimalhunderttausend Kronen. Da brauchen wir einen Kompagnon. Möchten Sie sich beteiligen? Oder wissen Sie einen Geldmann? Loeer ob man gleich eine G. m. b. H. gründet?“

Ich schrieb an sämtliche „Geldmänner“, mit denen ich jemals etwas zu tun gehabt hatte. Der eine hatte sich gerade „außerweitig gebunden“, der andere hatte zufälligerweise am Tage vorher „großzügige Transaktion getätigt“, der dritte spekulierte nur noch „a la hausse“, und der vierte wollte sich beteiligen, wenn er ein Kino im Hause aufmachen könnte. Das ging aber nicht, denn im Nebenhaus war schon eins.

Ich gehe jetzt mit dem Plan um, eine G. m. b. H. zu gründen. Damit der Kaffeehausmann zu seiner Einrichtung, der Bondonfabrikant zu seinem Kaffeehausmann und der Bauherr zu seinem Grundstücksbauer kommt. Wer Interesse dafür hat, der möge sich melden.

# Drei weitere Fälle der Schulkhände.

Die Senatoren Sinsk, Polach und Genossen haben an den Herrn Minister für Schulwesen und Volkskultur folgende Anfrage gestellt:

Den Kampf, den die Schulverwaltung gegen das deutsche Schulwesen seit Errichtung der Republik führt, wird in Mähren mit den schärfsten und verwerflichsten Mitteln geführt. Offenbar glaubt die Schulverwaltung, daß in diesem vorwiegend von tschechischer Bevölkerung bewohnten Lande der Widerstand der deutschen Bevölkerung ein geringerer sein wird und greift zu allen Mitteln, um das deutsche Schulwesen zu bedrücken und zu beseitigen. Dieses beweisen die nachfolgenden Fälle:

Kurz nach dem Umsturz wurde die von fast 40 deutschen Kindern besuchte deutsche Volksschule in Kereetin bei Olmütz durch den „Raxodivisor“ gesperrt und eine zweiklassige tschechische Schule errichtet, die nur von 25 Kindern besucht wird. Unzählbare haben die deutschen Eltern seit dem Umsturz beim Ministerium um Errichtung einer deutschen Volksschule angefragt, zuletzt im Dezember 1921, wobei sie dem Gesuche ein namentliches Verzeichnis von 29 deutschen im Orte ansässigen Kindern beilegte, welche die deutsche Schule besuchen wollen. Alle Schritte blieben bisher vergebens, die Gesuche wurden nicht erledigt.

Ebenso unerhört sind die Verfügungen, welche bezüglich der deutschen Volksschule in Luschitz bei Sternberg getroffen wurden, wobei die in dieser Richtung besonders berühmte Bezirksverwaltung in Sternberg die Handlangerdienste leistet. Die deutsche Schule in Luschitz besteht seit 115 Jahren und besaß seit 1911 eine Expositur in der damals deutschen Nachbargemeinde Stadl. Um diese Gemeinde ihres deutschen Charakters zu berauben, wurde sie im Jahre 1919 in die tschechische Nachbargemeinde Böhm. Hause eingemeindet und die deutsche Schule mußte laut Verfügung der politischen Bezirksverwaltung Sternberg vom 1. Oktober 1919, Zahl 729 das Lehrzimmer mit der neuerrichteten tschechischen Minderheitsschule teilen, sodas beide Schulen Halbtagunterricht erteilen.

Mit der Verfügung des Bezirkschulrates Sternberg vom 22. Dezember 1919, Zahl 1937, wurde das Schulgebäude für die tschechische Minderheitsschule enteignet und die deutschen Schüler der Schule in Luschitz zugewiesen. Damit hatte die Schulverwaltung erreicht, daß die deutsche Schule in Stadl zu bestehen aufhörte und begann nun ihre Arbeit gegen die deutsche Schule in Luschitz. Mit dem Erlasse des Bezirkschulrates Sternberg vom 13. November 1920, Zahl 788, wurden 16 Kinder aus der deutschen Schule ausgeschieden und der tschechischen Minderheitsschule in Stadl zugewiesen, darunter Kinder aus gemischten Ehen, die nicht ein Wort tschechisch verstanden und deren Muttersprache auch heute noch zwei Jahren noch die deutsche ist.

Mit dem Erlasse des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur vom 4. März 1921, Zahl 5865, wurde eine tschechische Minderheitsschule in Luschitz gegründet. Da für diese sowie für den Lehrer derselben geeignete Lokalitäten nicht gefunden wurden, nahm man einfach der von 80 Kindern besuchten deutschen Schule in Luschitz im Oktober 1921 ein Lehrzimmer und wies es der tschechischen Minderheitsschule zu, sodas die zweiklassige deutsche Schule mit 80 Kindern gezwungen war, in einem Lehrzimmer halbtägigen Unterricht in der Zeit von 8 Uhr früh bis halb 1 Uhr und von 1 Uhr bis halb 5 Uhr nachmittags zu erteilen. Der gegen die Enteig-

nung eingebrachte Refurs ist bis heute nicht erledigt.

Die Arbeit der Schulbehörden geht aber weiter. Mit Erlaß des Bezirkschulrates Sternberg vom 2. Mai 1922, Zahl 65, erhielt die Schulleitung den Auftrag, ein namentliches Verzeichnis aller die deutsche Schule besuchenden Kinder vorzulegen und dabei alle jene Kinder separat anzuführen, die von der deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge nach Luschitz entsendet wurden. Es handelt sich hier um 8 Waisenkinder, welche offenbar entfernt werden sollen und um den Versuch, weitere deutsche Kinder in die tschechische Schule zu zwingen, damit die deutsche Schule zu einer einklassigen reduziert werden kann. Hierbei werden alle jene Praktiken angewendet, welche schon oft und oft beschrieben wurden und welche eine Schande für die Art der Schulpolitik in diesem Staate sind.

Mit der größten Rücksichtslosigkeit geht die Regierung gegen das deutsche Schulwesen in Hultschin vor. Gleich nach Angliederung des Hultschiner Ländchens wurden durch die Regierungsverordnung vom 4. Mai 1920, Zahl 321, eine ganze Reihe von Bestimmungen des Reichsvolksschulgesetzes und der Schul- und Unterrichtsordnung außer Kraft gesetzt, was alles nur den Zweck hat, das deutsche Schulwesen zu schädigen. Für das ganze Gebiet wurde die tschechische Sprache als Unterrichtssprache bestimmt. Die bisher bestehenden deutschen Schulen wurden mit einem Schläge in tschechische Schulen umgewandelt, die Möglichkeit der Errichtung deutscher Privatschulen genommen. Jede Anticollie ist unmöglich, weil es im Hultschiner Ländchen keinen Ortschulrat gibt. Die Eltern schicken nun ihre Kinder in die deutschen Schulen nach Troppau, wogegen die Schulbehörden den heftigsten Widerstand leisten. Nach der amtlichen Statistik gab es im Hultschiner Ländchen in den Jahren 1914 bis 1919 2638 Kinder, wovon 977 also 37 Prozent deutsche, 860 also 32,6 Prozent zweisprachige und 801, also 30,4 Prozent mährische Kinder waren. Schon im Jahre 1920 hat die Stadtverwaltung von Hultschin beschlossen, beim bevollmächtigten Kommissar dahin vorstellig zu werden, daß in den Hultschiner Gemeindegemeinden die deutsche Sprache als Unterrichtssprache belassen wird und daß im Falle der Errichtung einer Schule mit tschechischer Unterrichtssprache nur jene Kinder dieser Schule überwiesen werden, deren Eltern es wünschen. Im März 1921 verlangten 170 deutsche Eltern neuerlich die Errichtung einer deutschen Schule in Hultschin. Die erste Eingabe wurde abgewiesen, die zweite überhaupt nicht erledigt und bis heute besitzen die deutschen Kinder in Hultschin keine deutsche Schule.

Wir fragen den Herrn Minister:

1. Ist er bereit, das Gesuch um Errichtung einer deutschen Minderheitsschule in Kereetin ehestens zustimmend zu erledigen?
2. Ist der Herr Minister bereit, an den Bezirkschulrat in Sternberg Weisungen ergehen zu lassen, dem Schulbesuch der Waisenkinder in Luschitz keine Hindernisse in den Weg zu legen und weitere Informationen zum Zwecke der Neubestimmung der deutschen Volksschule in Luschitz zu unterlassen und endlich Anweisungen zu erteilen, daß die ungesetzlichen und das deutsche Volk drangsalierenden Vorgänge beim Reklamationsverfahren eingestellt werden?
3. Ist der Herr Minister bereit, eine deutsche Minderheitsschule in Hultschin mit Beginn des Schuljahres 1922-23 zu errichten und Verfügungen zu treffen, daß dem Besuch der Hultschiner deutschen Kinder in Troppauer Schulen keine weiteren Hindernisse in den Weg gelegt werden, so-

lange eine deutsche Schule in Hultschin nicht errichtet ist.

4. Ist der Herr Minister bereit, die Aufhebung der Bestimmungen der Regierungsverordnung vom 4. Mai 1920, Nr. 321, womit die Errichtung von Privatschulen verboten wird, und die Aufhebung aller dem deutschen Schulwesen in diesem Gebiete nachteiligen Bestimmungen zu veranlassen?

# Eine Internationale der Lehrer.

Die wirtschaftliche Lage der Lehrer hat sich in allen sogenannten Kulturstaaten der Welt verschlechtert. Es ist charakteristisch für die kapitalistische Produktionsweise, daß in ihr die Lehrer mit immer größer werdenden materiellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. In England wurde gerade jetzt ein Vorschlag zur Herabsetzung der Staatsausgaben ausgearbeitet, von den Erparnissen, die gemacht werden sollen, entfällt ein namhafter Teil auf das Schulwesen. Die Erparnis soll erreicht werden durch Herabsetzung der Lehrergehälter. Der Sturm der Entrüstung, den diese Vorschläge hervorriefen, hat zwar ihre volle Durchführung verhindert, aber es bleibt genug, um die Lage der englischen Lehrerschaft als äußerst unbefriedigend zu bezeichnen. Auch in Deutschland sind die Gehälter der Lehrer nicht so rasch gestiegen wie die Warenpreise, wodurch die Lage der deutschen Lehrer sich bedeutend verschlechtert. In Ungarn reicht das Monatsgehalt eines Lehrers kaum mehr aus, um den normalen Lebensunterhalt für eine Woche zu bestreiten. In Frankreich hat der Staat einen Prozeß gegen die beiden bestehenden französischen Lehrerorganisationen angehängt, um die Auflösung dieser Syndikate zu erzwingen. Auch in der Tschechoslowakei begann man den Lohnabbau bekanntlich zuerst und am gründlichsten bei den Lehrern.

Diese schlechte Lage der Lehrer in allen Ländern legt den Gedanken an ein internationales Berufssekretariat der Lehrer nahe. Eine Art Berufsinternationale der Lehrer hat im Jahre 1914 im „Internationalen Büro der Lehrerverorganisationen“ bereits bestanden. Diese Organisation jedoch ist leider durch den Krieg zusammengebrochen. 1919 war es der große französische Schriftsteller Anatole France der auf dem Lehrerkongreß in Tours die Wiederaufrichtung der Lehrernationale mit folgenden Worten forderte:

„Meine Freunde, erlaubt mir, einen großen Wunsch zu äußern, den ich in einer allzu kläglichen und unvollkommenen Form aussprechen muß, der aber bestimmt ist, alle Geister zu überzeugen: Ich wünsche nämlich, daß bald eine Delegation der Lehrer aller Völker der Arbeiterinternationale anschließen, um gemeinsam ein allgemeines gültiges Unterrichtsprogramm aufzustellen und über die Mittel zu beraten, wie man jene Ideen der Jugend einpflanzen könne, aus denen der Friede der Welt und die Einigkeit der Völker entstehen werden.“

Auch auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß in Rom kam der Wunsch nach baldigem internationalen Zusammenschluß der Kopfarbeiter, insbesondere der Lehrer, zum Ausdruck. Der internationale Gewerkschaftsbund hat bereits vorbereitende Arbeit auf diesem Gebiete geleistet, er hat sich mit einer Reihe von Lehrerverorganisationen in verschiedenen Ländern in Verbindung gesetzt und wird aller Wahrscheinlichkeit nach zum Oktober oder November eine vorbereitende internationale Lehrerkonferenz einberufen. Die Stunde zum Handeln für die Lehrerschaft ist gekommen, wenn sie sich der Aufgabe gewachsen zeigen will, die der geschichtliche Augenblick an sie stellt.

# Der Einsam.

(9)

Erzählung von Ludwig Anzengruber.

„Sag'n tut mer's freilich,“ grinste der Einsam, „aber g'sch'n is' s' nie; doch red' ich niz dagggen und lass' die Leut' auch bei ein'm Glauben, von dem ich mein' Nutzen zieh', just wie du, Pfarrer.“

„Bursche! — Ich seh' wohl, mit dir ist im Guten nichts zu richten, so sage ich dir denn kurz und bündig, ich werde dich nächsten Sonntag in der Kirche sehen.“

„Da müßt' gute Augen haben.“

„Du wirst dich Sonntag in der Kirche finden! In meiner Gemeinde soll sich keiner auf dich berufen, wie man wohlmeinenden Rat zurückweist und dahinlebt, ohne eine Pflicht gegen Gott noch Menschen anzuerkennen! Also entweder.“

„Dar dein Entweder! Ich komm' nit, darauf kannst Gift nehmen.“

„Du gehorchst nicht?“

„Wer bist denn du?“ schrie heftig der Einsam.

„Was hast denn du mir z'schaffen?“

Da sagte ihn der Pfarrer an der Brust. „Rump, soll keiner Herr über dich sein?“

„Weißt, Pfaff,“ leuchtete der Bursche, „tu' den Praxel da weg, es möcht' dich verdrücken, wenn ich dir eine draushau.“

Der Pfarrer fuhr zurück wie von einer Mitter gestochen. So standen sie sich gegenüber, der Mann bleich, der Bursche glotzt vor Zorn.

„Ender“, zischte der Pfarrer zwischen den Zähnen hervor, „dann schnüre dein Bündel, falls du eines z'schnüren hast, deines Weibens ist nicht länger. Du sollst fort!“

„Dost du mich hielletich herunter?“ höhnte der Einsam.

Der Pfarrer fuhr zurück wie von einer Mitter gestochen. So standen sie sich gegenüber, der Mann bleich, der Bursche glotzt vor Zorn.

„Ender“, zischte der Pfarrer zwischen den Zähnen hervor, „dann schnüre dein Bündel, falls du eines z'schnüren hast, deines Weibens ist nicht länger. Du sollst fort!“

„Dost du mich hielletich herunter?“ höhnte der Einsam.

„An dir mich besudeln?! Die Gendarmen werden dich schon ausgetrieben wissen.“

„Soll'n nur kommen, zeitweil' bin ich ja auch Jäger, mein' Stutzen hab' ich gleich z' Hand.“

„Entsetzlicher Mensch, du sinnst darauf.“

„Sinn du nit! Zu sein, wie ich bin und wie ich mag, wenn ich niemand was in Weg leg', das ist mein Recht und da drum wehr' ich mich gegen jeden, den d' auf mich hetz', denn du selber — wie es allmal, ob es eins ins Leben setz' oder drum bring's — du halt'st dich fern dabei, und a gute Nase hast schon, denn da müßt' doch der Teufel lachen, wenn sich a Pfaff mit ein'm Pfaffenbauer lerten rauff!“

„Das sagst du?“

„Rein Vater war grad so ein heiliger Mann wie du!“

„Barmherziger Gott!“ stammelte der Pfarrer, dann streckte er die Arme abwehrnd von sich und schrie: „Hinweg! Fort! Weit fort, mit aus den Augen!“

Lachend lehnte der Einsam den Rücken und wandte sich zähnebleichend wiederholt zurück, als er auf dem schmalen Fußsteige den Hügel hinabschritt.

Und die Sonne war über die Berge heraufgekommen und das Tal im freundlichen, hellen Morgenlichte.

4.

Daß sich die Burschen Montag abends im Wirtshause versammelten, war hergebracht, daß ein oder der andere Bauer dorthin kam, um seinen Abendrunk zu sich zu nehmen, war nichts Besonderes, heute aber hatten sich auch die Frommen eingefunden, der Lange, der Schuster und der Schneider und die andern, deren Art das sonst nicht war, und darum gab es an dem Burschen-tische verwunderte Gesichter und lange Gähne, und

die gewöhnlichen Gäste sahen ziemlich unbehaglich unter den seitenen.

„De, Wirt,“ rief der Lange.

„Bin schon da,“ sogte der Berufene hinzueilend.

„Weißt's schon?“

„Was?“

„Wirst bald ein' Kundschast verlieren.“

„Wär' mir nit lieb.“

„Wird dich nit kränken. 'n Einsam mein' ich, der soll austreiben werd'n. Freilich, was d' ihm gestern noch auf Borg geben hast, das kannst wohl mit der Kohlen in' Rauchfang schreiben.“

„Soll's hin sein, ich büß' s' gern ein, wenn wir den nur los werd'n! Aber wieso geht denn dös mit einmal so schnell?“

„Der Burmeister is' weg'fahr'n,“ sogte der Schuster.

„Deut' fruh noch beizeit,“ krächte der Schneider.

„Weiß ich eh'nder,“ meinte der Wirt, „aber wohin denn?“

„Daß dir sagen, laßt euch sagen,“ begann der Lange, „ich hab's vom G'meind'schreiber. Der Herr Pfarrer is' heut' fruh auf d' Ranzel g'reunt kommen und hat g'sagt, der Einsam müßt' weg; in gutem, das'elbe hätt' er schon heraus, war' mit dem niz z' richten.“

„Wär' eh' unser Neben,“ brummten eilliche bazwischen.

„Ganz unbetmäßig hätt' er sich gegen ihn, 'n hochwürdig's Herrn, ausgeführt und — dös hat mer der G'meind'schreiber g'sagt — nit schlecht muß er ausgeführt haben, weil der Hochwürdig' nachtraglich noch völlig g'sprungen is' vor Gift. Na, der Alte wollt' erit a G'schrift ausfassen und ans Schandarmarie-Kommando schicken, aber der Pfarrer hat gleich g'sagt, selb' dauert z'lang, gab' leicht a unnötig Schreiberer hin und her, g'scheiter, der Bürgermeister setzt sich selber auf, fährt nach der Kreisstadt und brächt' vorm Herrn Kommandan-

ten die Beschwerens vor, so daß mer ohne viel Federlesen den Burschen aufgreift, zum Anweis verhall' und dahin abschiebt, wohin er zuständig is.“

„Ah, so mit niz, dir niz, laßt sich der nit aufgreifen,“ sogte der Schuster, „ich hab' ja gehört, er hat sich verschwor'n, daß er auf sie schießt.“

„Und der hall' sein Wort, da gib's Mord und Totschlag!“ schrie der Schneider.

„Nur zu, nur zu,“ rief der Lange, „soll sich nur zur Wehr setzen, wann s' 'n dann krieg'n, lassen s' ihn nimmer sobald wieder aus!“

„Jesse, nein,“ sogte der gutmütige Behäbige, „wann ich den!, wie leicht da eins zum Krüppel g'schossen werden kann, da bedauern mich doch die armen Leut', die Schandari.“

„Ach was,“ entgegnete der Lange, „das is' ihner Brot und ohne uns Bauern gab's gar kein Brot und drum muß der Kaiser auf uns schau'n und seine Leut' müssen uns beistehen.“

„No, ein' schweren Stand werden s' schon haben,“ meinte der Schuster, „denn selb' ist g'wis, was sich für G'findel da in der Gegend aufhall', dös wird all's 'm Einsam zurennen und ihm helfen.“

„An die Hundert finden sich sicher z'samun!“ schrie der Schneider.

„Daß dich nit auslachen,“ sogte der Lange, „ein oder der andre möcht' etwa willens sein, waun er davon erfährt, dazu bleibt aber gar kein' Zeit, daß a Kundschast auskommt, dafür is' ja alles so eimg'fädel, daß vielleicht morgen schon der ganze Rummel vorbei is! Ah, der Herr Pfarrer, der weiß sich aus, der fadelt nit lang h'rum, dös is' unser Mann, und dös sag' ich, Mann, daß mer sagen kann, von heut an hebt sein' Herrschaft an und die unsre, was wir zu ihm halten!“ (Fortsetzung folgt.)

\*) Schandari — der Gendarm, die Gendarmen, auch die Gendarmen.

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

## Die Entscheidung über die Ausdehnung des nordböhmischen Textilarbeiterstreiks liegt in den Händen des kommunistischen Textilarbeiterverbandes.

Warnsdorf, 11. Juli. (Eigenbericht.) Ueber Anregung der Streikleitung der Ortsgruppe Rumburg fand am Samstag, den 8. d. M. in Rumburg zwischen den Vertretern der am Kreisvertrag beteiligten Organisationen eine Sitzung statt, in welcher unter Vorbehalt der Zustimmung der Vertrauenspersonen der Union der Textilarbeiter von Warnsdorf über die Ausdehnung des Streiks auf das gesamte Kreisgebiet beraten wurde. Nach den schlechten Erfahrungen, welche die Mitglieder der Union der Textilarbeiter in jeder Hinsicht mit den kommunistischen und christlichen Verbänden bisher gemacht haben, wurde am Montag, den 10. d. M. in einer Versammlung der Warnsdorfer Betriebsausschüsse und Vertrauenspersonen der Union der Textilarbeiter im Beisein des Sekretärs Genossen Böhm und einer Abordnung der Vertrauenspersonen von Rumburg folgender Beschluß einstimmig gefaßt:

Zur erfolgreichen Beendigung des derzeitigen Lohnkampfes der Textilarbeiter des Warnsdorfer Kreises sind wir der Anschauung, daß infolge der großen Wirtschaftskrise, die gegenwärtig in Warnsdorf herrscht, wo 40 Prozent der Mitglieder der Ortsgruppe gänzlich arbeitslos, 50 Prozent teilweise und nur 10 Prozent voll beschäftigt sind, ein aktives Eingreifen der Warnsdorfer Mitglieder der Union der Textilarbeiter die Lage des Streikes wesentlich nicht ändern kann. Dessen ungeachtet erklärt sich unter vollem Bewußtsein der Schwere der Situation die Vertrauenspersonenversammlung bereit, die Mitglieder unserer Gruppe zu bewegen, in den gemeinsamen Kampf aller drei Organisationen um ein gemeinsames Ziel unter folgenden Umständen einzutreten:

1. Nachdem die Union der Textilarbeiter bereits 5000 ihrer Mitglieder in diesem Kreise im Kampfe stehen hat, treten zuerst an einem bestimmten Tage das geschlossene Gebiet der Section der Textilarbeiter, des tschechischen chemischen Verbandes von Jizdava und das gemischte Gebiet des christlichen Textilarbeiterverbandes und der Union der Textilarbeiter von Schludenz in den Kampf.

2. Unter den vorgenannten Umständen erklären wir uns bereit, an demselben Tage, wo dieser Streik beginnt, mit den Vertrauenspersonen aller Organisationen der Textilarbeiter von Warnsdorf eine allgemeine Vertrauenspersonenversammlung zu veranstalten und an dem von dieser Versammlung beschlossenen Tage in den gemeinsamen Kampf einzutreten, wobei wir festhalten, daß wir bereit sind, mit den äußersten Mitteln den Kampf um das gemeinsame Ziel aufzunehmen.

Die Streiklage ist im allgemeinen un- verändert. Die Arbeiter haben dem Rufe der Unternehmers, die Arbeit wieder aufzunehmen, sehr gerne Folge geleistet.

Das fremde Vermögen der Tschechoslowakischen Banken. Das gewaltige Wachstum, welches die einheimischen Banken seit der Entstehung der Republik zu verzeichnen hatten, resultiert aus einer Zusammenstellung des fremden Vermögens der Banken (Einlagen auf Büchel und Kassenscheine, Kreditoren in laufender Rechnung), also das Vermögen mit Ausschluß des eigenen Kapitals (Aktienkapital und Reserven). Dasselbe betrug laut einer Zusammenstellung der von der Escomptebank herausgegebenen „Wirtschaftsnachrichten“ Ende 1921: Bei der Livnostenska Banka 4718 Millionen, Böhmisches Escomptebank und Kreditanstalt 2494, Böhmisches Unionbank 2394, Prager Kreditbank 1464, Mährische Agrar- und Industriebank 1350, Tschechoslowakische Agrarbank 1204, Böhmisches Industriebank 1160, Bank für Handel und Industrie (ehem. Länderbank) 959, Böhmisches Kommerzialbank 857, Landwirtschaftl. Kreditbank für Böhmen 650, Deutsche Agrar- und Industriebank 475, Ceska Banka 451, Mährisch-Schlesische Bank 441, Bodenbank der tschechoslowakischen Regionen 293 Millionen tschechoslowakische Kronen.

Das Börsenspiel der Bankbeamten. Vor einiger Zeit hat ein tschechisches Blatt darauf aufmerksam gemacht, daß das Börsenspiel der Bankbeamten in der letzten Zeit eine kolossale Ausdehnung gewonnen habe. Dies scheint auch in anderen Ländern der Fall zu sein, wie aus einem Artikel hervorgeht, den ein Bankbeamter über diesen Gegenstand in der „Arbeiter-Zeitung“ schreibt. Darnach handelt es sich nur um einen kleinen Teil der Bankbeamten, was freilich zu einer moralischen und materiellen Gefahr für die große Mehrheit der anderen Beamten wird. In den letzten Jahren ist durch das Anwachsen der Zahl der Aktien- und Privatbanken sowie durch die Vermehrung des Personals bei den Großbanken eine allmähliche Umschichtung der Beamtenenschaft erfolgt. Es kamen in die Bankbeamtenenschaft Elemente, die in der Berufstätigkeit des Bankbeamten mehr eine Gelegenheit zum

Börsenspiel als die Möglichkeit, sich eine solide Existenz zu gründen, erblickten. Diese Elemente wurden in ihrem Einfluß auf die Kollegenchaft gestärkt durch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Bankleitungen verhielten sich zu dieser Erscheinung passiv, die Direktionen, die ansonsten, wenn es sich um ganz berechnete Forderungen der Bankbeamten handelt, laub sind, sehen mit wohlwollendem Lächeln zu, wie ein Teil ihrer Beamten den Banken, in denen sie angestellt sind, Börsenaufträge erteilen. Es wäre daher angezeigt, wenn sich einmal die Organisationsleitung der Bankbeamten mit der Frage beschäftigen wollten, ob ein strenges allgemeines Verbot der Institute, Börsenaufträge der eigenen Beamten anzunehmen, nicht einschränkend auf die Beamten spekulieren würde. — Soweit der Wiener Bankbeamte. Wenn auch all die angeführten Erscheinungen in Oesterreich infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und der zügellosen Wiener Spekulation vielmehr zutage treten als in der Tschechoslowakei, entbehren die Ausführungen des Wiener Bankbeamten doch auch bei uns zulande nicht einer gewissen Aktualität.

Die tschechoslowakisch-bulgarische Handelskammer in Sofia wurde am 9. Juli feierlich eröffnet.

Rückgang der Anleihebörsen in Berlin. Aus Berlin wird uns gemeldet: Die Spekulation am Devisenmarkt hat offenbar ihren Höhepunkt überschritten. Von den Industriellen und auch vom Privatpublikum wurden reichlich fremde Zahlungsmittel eingekauft, sodaß ihnen inländische Zahlungsmittel kaum noch zur Verfügung stehen. Infolgedessen herrscht ein starkes Entlastungsbedürfnis. Der Dollar, der heute im Vormittagsverkehr noch mit 530 verhandelt wurde, war bis auf 488 zurück. Zum Schluß der Börse stand der Kurs auf 495 und 496. Die Bewegung blieb weiterhin noch sehr unsicher. Am Effektenmarkt setzte im Anschluß an die Rückbewegung der Devisen ein starker Rückgang ein. Die Spekulation an den Papieren verlor 50 bis 100 Prozent.

### Kurze der Valuta.

Pariser Börse. Es kosteten: 100 Holl. Gulden 1723, 100 Mark 8.80, 100 Schweizer Franken 812, 100 Lire 184.75, 100 französische Franken 331, 1 Pfund Sterling 189.75, 1 Dollar 43.80, 100 belg. Franken 343.50, 100 Pe'tas 686.50, 100 Dinar 49.00, 100 österr. Kronen 0.19, 100 poln. Mark 0.75, 100 ung. Kronen 3.27.50.

Züricher Kurze. Berlin 1.05, Wien 0.02.25, Prag 13.—, Holland 208, New York 5.22.75, London 23.20, Paris 42, Mailand 23.60, Budapest 0.37.50, Agram 1.55, Warschau 0.06.50.

### Literatur.

#### Karl Kautsky: Die proletarische Revolution und ihr Programm.

1922. Stuttgart-Berlin (J. F. W. Diez Buchhandlung „Vorwärts“). Karl Kautsky hat seine große Lesergemeinde und seine vielen Freunde in der gesamten sozialistischen Welt mit einem schönen Geschenk überreicht, einem Buch, in dem er sich mit den großen drängenden Problemen der Zeit auseinandersetzt. Das vorliegende Werk ist klar geschrieben, und man freut sich der Jugendfreude, die der Altmeister des Sozialismus offenbart. Die Anregung zu diesem Werk bekam Kautsky aus der Diskussion, die in der Zeit vor Abfassung des Göttinger Programmes im deutschen Sozialismus stattfand. Karl Kautsky, der mit Fähigkeit, Leidenschaft und wissenschaftlichem Bemühen an der Einigung der beiden sozialistischen Parteien Deutschlands arbeitet, wollte zunächst zeigen, was den beiden Parteien programmativ gemeinsam ist und wie ein solches gemeinsames Programm aussehen könnte. Er geht dabei vom alten Erfurter Programm aus, an dem er selbst mitgearbeitet hat und versucht nun zu zeigen, was am Erfurter Programm veraltet und was an ihm noch lebendig ist. Das gibt ihm Gelegenheit, eine Reihe für den Sozialismus grundlegender Fragen, wie die Frage des Großbetriebes und Kleinbetriebes insbesondere in der Landwirtschaft, die

Verleumdung, die Stellung der Mittelschichten, zu behandeln. Am Schluß dieses ersten Teiles des Buches gibt er dann konkret den prinzipiellsten Teil eines Parteiprogramms, wie er heute lauten müßte, wieder.

Bedeutungsvoller noch erscheint uns jedoch der zweite Teil des Buches, da sich Kautsky mit allen durch die Kriegs- und Nachkriegszeit für den Sozialismus ausgeworfenen Problemen befaßt. Er geht dabei von dem Unterschied aus zwischen den Methoden der bürgerlichen und proletarischen Revolution. Diese Untersuchung gebt zu den besten Kapiteln der zeitgenössischen sozialistischen Literatur. Die historische Darstellung des Entwicklungsganges der bürgerlichen Revolution ist hier nicht Selbstzweck, sondern Kautsky gelangt dazu, die Methoden der proletarischen Revolution zu entwickeln, ihr Anderssein gegenüber der bürgerlichen Revolution. Die heute lebenden Menschen stehen noch allzusehr unter dem Eindruck der vergangenen bürgerlichen Revolution und können sich von diesen Vorbildern nicht befreien. Das könnte für den Bestreitungskampf des Proletariates sehr gefährlich werden, denn die bürgerliche Revolution hat eine ganz andere Rolle insbesondere für die ökonomische Entwicklung der Menschheit gespielt als die proletarischen spielen wird. Die ökonomische Funktion der bürgerlichen Revolution bestand in Hinwegräumen der feudalen Hemmungen, die auf der Produktion lasteten. Die ökonomische Funktion der proletarischen Revolution besteht im Aufbau des Sozialismus. Kautsky gebraucht dabei ein treffendes Bild. Die bürgerliche Revolution vergleicht er mit einem Hause, dessen Zugänge mit Schneemassen verkrümelt sind und die freigegeben werden mußten, damit die Menschen atmen und leben können. Die proletarische Revolution ist der Neuaufbau des ganzen Hauses, der aber nicht bestehen kann in seinem völligen Niedertreffen, dem der Neuaufbau folgt, sondern in einem Umbau, weil die Menschen in diesem Hause, eben der menschlichen Gesellschaft wohnen müssen auch während der Zeit des Umbaus. Kautsky wendet sich dann dem Staate der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus zu und kritisiert in einer scharfsinnigen Untersuchung insbesondere die Methoden der Kommunisten. Er weist dann die Frage nach der zukünftigen ökonomischen Entwicklung auf und nimmt zur Planwirtschaft Neutaths, zum Oldensozialismus Coses und zu den gemeinwirtschaftlichen Organisationen Otto Bauers kritisch Stellung. Alle diese Ausführungen zu den verschiedenen Problemen sind ungemessen reich an Ideen und jeder, der den neuen Kautsky liest, wird eine Fülle von Anregungen aus der Welt des Denkens empfangen.

Wir wünschen im Interesse unserer Arbeiterschaft dem Buch auch bei uns die weiteste Verbreitung. Jeder Parteigenosse, der auf der Höhe sozialistischer Erkenntnis bleiben will, muß das Buch lesen. E. St.

### Kunst und Wissen.

Neue Theater. Heute, den 12.: „Öbterdämmerung“; Donnerstag, den 13.: „Vetelstudent“; Freitag, den 14.: „Rigoletto“; Samstag, den 15.: „Mitterfinger von Nürnberg“; Sonntag, den 16.: „Rastebinder“; Montag, den 17.: „Arvala“. — Schluß der heutigen Spielzeit.

### Aus der Partei.

#### Unsere zweite Parteischule.

(B. f. B.) Die erste Parteischule unserer auf dem Teplitzer Parteitage von 1919 gegründeten Partei fand in der Zeit vom 15. August bis 4. September 1920 in Teplitz statt. Wie notwendig die Abhaltung der Parteischule war, zeigte der Umstand, daß sich kurz nach der Ausschreibung über 100 Parteigenossen und Genossinnen für den Besuch der Schule anmeldeten. 60 Anmeldungen konnten nur berücksichtigt werden, da die Schülerzahl vorerst auf 50 festgelegt war. Eine Reihe von angemeldeten Funktionären mußten auf den Besuch der Parteischule verzichten. Diese Tatsache, wie auch die schönen Erfolge, die mit der ersten Parteischule erzielt wurden, haben die Zentral-

stelle für das Bildungswesen veranlaßt, für das Jahr 1922 den Plan einer Parteischule auszuarbeiten und der Parteivorstand hat im Einvernehmen mit der Zentralgewerkschaftskommission den Beschluß gefaßt, den Plan zu verwirklichen und auch im heurigen Jahre wieder eine Parteischule abzuhalten. Unseren jüngeren Funktionären in der Partei ist also Gelegenheit gegeben, sich ein gründliches theoretisches Wissen anzueignen.

Die Zentralstelle für Bildungswesen hat am 15. Juni an alle Kreis- und Bezirksorganisationen Zirkulare ausgesandt, mit welchen die Organisationen von der Abhaltung der Parteischule verständigt wurden. Die Parteischule wird in der Zeit vom 6. bis 27. August in Karlsbad abgehalten.

Als Lehrer für die Parteischule wurden eine Reihe ausländischer Genossen gewonnen. Der

#### Lehrplan

- ist folgender:
1. Einführung in die Grundlagen des Marxismus. Genosse Dr. Karl Kautsky-Wien.
  2. Staatliche Verwaltung und Klassenkampf. Gen. Dr. Kautsky-Wien.
  3. Politische Probleme der sozialistischen Bewegung. Genosse Egon Kasper-Wien.
  4. Geschichte des Parlamentarismus. Viktor Stein-Wien.
  5. Geschichte und Richtungen der Sozialpolitik. Gen. Viktor Stein-Wien.
  6. Massenschulung und Klassenkampf. Gen. Dr. Josef Kuitpold Stern-Wien.
  7. Journalistisches Seminar. Gen. Stern-Wien.
  8. Vortragslehre. Gen. Stern-Wien.
  9. Organisationslehre. Karl Cermak-Prag.
  10. Geschichte der Internationalen. Genosse Johann Polach-Brünn.

Die Parteischule dauert drei Wochen und beginnt am Sonntag, den 6. August. Unterrichtsstunden sind täglich vormittags von 7—11 Uhr, nachmittags von 4—6 Uhr Seminar mit Diskussion gehalten.

Die Schülerzahl ist auf 40 beschränkt, da bei einer größeren Schülerzahl ein intensiver Schulbetrieb kaum möglich ist. Jede Bezirksorganisation hat das Recht, zwei Genossen, bezw. Genossinnen in Vorschlag zu bringen. Für jeden aufgenommenen Schüler hat die delegierende Organisation an Schul- und Büchergeld 450 K zu entrichten. Für Quartiere wird vom Kreisbildungsausschuß Karlsbad Sorge getragen. Die Kosten für Wohnung, Frühstück, Mittagessen und Nachtmahl betragen 38 K täglich. Dieser niedrige Preis ist für Karlsbad nur möglich, wenn alle Schüler die Gemeinschaftsküche besuchen. Die Schüler sind zum Besuche dieser Gemeinschaftsküche verpflichtet, da nur, wenn sich alle an ihr beteiligen, ihre Führung und somit eine größere Kostenersparnis gewährleistet ist. Die Vorarbeiten hierzu leisten die Karlsbader Genossen.

Die Einberufung der Schüler erfolgt direkt an diese durch die Zentralstelle für das Bildungswesen der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Teplitz-Schönau. Die delegierenden Organisationen werden ebenfalls verständigt.

Als Endtermin für die Anmeldungen wurde der 25. Juli festgelegt. Die Anmeldungen sind zu richten an die Zentralstelle für das Bildungswesen der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Teplitz-Schönau, Seilerstraße Nr. 1. Vorschläge, die nach dem 25. Juli einlangen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Parteivorstand hofft, daß die Organisationen von diesem Anbot Gebrauch machen werden. Unsere Redner, Redakteure und sonstigen Funktionäre müssen geschult werden. Die Opfer, die die Organisationen sich aufbürden müssen, (1200 K Gesamtkosten für einen Schüler) sind groß; wir dürfen sie nicht scheuen, wollen wir unsere Kampftätigkeit erhalten, wollen wir des Proletariats beste Waffe, seine geistige Stärke, hochhalten und schärfen.

Verausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs- und Verlags-Gesellschaft Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Solla.

**Vitello**  
MARGARINE  
**Delikatess**  
CENTRA  
Alt. Ges.  
TETSCHENNA  
gleiches der reinsten  
**Teebuffer.**

In einer Stunde  
Das Weltall  
Philosophie  
Geschichte  
Kunstgeschichte  
Weltliteratur  
Deutsche Literatur  
Physik. Chemie  
Führt von bekannten Autoren wie Bürgel, Schödl, Labund, Kaffac, Lohm u. a. — Jeder Band gebunden K 1.80. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Schönau, Theresienstraße 18

Die Volksbuchhandlung  
**Ernst Sattler,**  
Karlsbad  
unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art  
**Literatur.**  
Alle nicht lagernden oder wo immer angelegten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Tragen Sie der vielen Vorteile wegen  
**PALMA**  
Kautschuk Absätze und Sohlen

**BANK FÜR BRAUINDUSTRIE, PRAG II., Havlíčkovo 25.**  
Filiaien: **Brünn, Schäftenhofen, Tynau** (Slowakei).  
Offizielle Bankgründung der Brauindustrie-Organisationen des tschechoslowakischen Staates. 607

**Reine Ansatzheie**  
mit besonderer Triebkraft und höchster Haltbarkeit und feinsten Getreideextrakt als auch Denaturat liefert  
**Hätscheiner**  
Zucker-, Spiritus- und Presshefe-Fabrik dor  
**Brüder A. & H. May.**